H 8040 F
Nummer 72
Sept./Okt. 01
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Verbreitung von NS-Gedankengut mit höchstrichterlicher Genehmigung

In diesem Heft:

Interview mit Brothers Keepers - Rechtsentwicklung an den Hochschulen - Holocaustleugnung in arabischen Ländern - Auseinandersetzungen in englischen Städten - Rassismusbericht der EU-Kommission - Rechte Schülerinitiative - Nationaler Jugendblock Zittau - Max-Planck-Gesellschaft und NS-Opfer - Monarchisten in Deutschland - Behinderung einer Ausstellung - Meldungen - Rezensionen

Editorial

Am 17. August schrieb der Bayrische Verwaltungsgerichtshof (VGH) Geschichte. Nach über 10 Jahren hoben die Richter des 24. Senats das alljährliche Verbot des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel auf. Zwar erkannten die Münchener Richter in dem von Jürgen Rieger beantragten Aufmarsch „nationalsozialistisches Gedankengut", aber „konkrete Tatsachen für eine Gefahrenprognose mit dem Ergebnis, dass es zu Straftaten speziell im Bereich politischer Auseinandersetzungen kommen" würde, sahen sie nicht. Dass der Aufmarsch selbst allerdings eine Straftat sein könnte, verkannten sie. Eine Rechtsbeugung im Amt. Denn Nationalsozialismus ist, getreu des Artikels 139 Grundgesetz keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Nun beteuern bayrische Politiker und Juristen, dass der Richterspruch „kein Freibrief für Rechtsextreme" sei. Rieger meldete indes bis zum Jahre 2010 „Gedenkmärsche" anläßlich Rudolf Heß Todestages in Wunsiedel an. Da fragt man sich, ob im Jahre 2002 die „Freien Nationalisten" in der Tradition des Nationalsozialismus anläßlich des Todestages Adolf Hitlers in Berlin einen „Gedenkmarsch" anmelden werden Sie müssen nur brav und ordentlich in Reih und Glied aufmarschieren. Wie es der Führer geliebt hat.

Wenn man sich die „derzeitige Situation für Minderheiten" in der Bundesrepublik anschaue, betonte jüngst Paul Spiegel, die „nirgends in diesem Land mehr sicher sind", frage man sich, warum die Politiker „dies so lange dulden, ohne massiv einzugreifen" und warum sie nicht bedenken, "wie viel Schaden (sie) mit Äußerungen, mit Themen, mit Begriffen, mit Slogans bewirken". Nach Wunsiedel mag man ergänzen, warum Richter nicht bedenken, wie viel Schaden sie mit Rechtsprechungen bewirken.

Schaden entsteht aber nicht nur durch den großmütigen Umgang mit Nazis. Institutioneller und Alltags-Rassismus, der beispielsweise im Rassismusbericht der Europäischen Kommission auch für Deutschland diagnostiziert wird, wird seitens der Bundesregierung schlichtweg negiert. Während der Bericht der EU-Kommission scharf zurückgewiesen wird, wird gleichzeitig an einer Einwanderungsgesetzgebung gearbeitet, die die Situation der MigrantInnen - wenn sie nicht zu den umworbenen „Hochqualifizierten" gehören - weiter verschlechtern wird. Die inhumane Unterteilung von „nützlichen" und „unnützen" Ausländern droht in Gesetzestext gegossen und als Zwei-Klassen-Recht etabliert zu werden: Wasser auf die Mühlen notorischer Rassisten und Fremdenhasser.

Da offensichtlich die Hoffnung auf die etablierte Politik kaum positive Veränderungen mit sich bringt, haben sich Musiker vorrangig aus dem Hip-Hop-Bereich unter dem Namen „Brothers Keepers" zusammengeschlossen und versuchen, dem rechten Mainstream im Bereich der Jugendkultur entgegenzuwirken. In zahlreichen Konzerten im Osten Deutschlands, durch ihren Song „Adriano (letzte Warnung)" und auch im Interview in diesem Heft rufen sie dazu auf, Neofaschismus und Alltagsrassismus offensiv entgegenzutreten.

Ein Hoffnungsschimmer angesichts der allgemeinen Rechtsentwicklung, die - wie wir in dieser Ausgabe in mehreren Artikeln beleuchten - auch um die Hochschulen keinen Bogen macht.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang November. Redaktionsschluss ist am 9. Oktober 2001

Termine

10./11. November

Fachtagung „Rechtsextremismus - Problem von Randgruppen oder der gesellschaftlichen Mitte?" im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, 50670 Köln ab 10 Uhr, veranstaltet von der Abteilung für Politikwissenschaft der Universität zu Köln. Mit Diskussionsforen u.a. zu parlamentarischem Diskurs und rechtsextremer Erlebniswelt, dem Verhältnis von rechtsextremer Politik und Medien, rechtsextremen Ideologemen auf dem Weg hin zum gesellschaftlichen Konsens und zu Gegenmaßnahmen.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Andrea Röpke

"Rechte Saubermänner gesucht"

Überraschend hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den, für Samstag den 18. August, angemeldeten "Trauermarsch" zum 14. Todestag von Hitler Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel genehmigt.



NPD-Jugend einträchtig mit „Freien Kameradschaften"

Damit hatte der Hamburger Veranstalter, Neonazi Jürgen Rieger mit seiner Beschwerde gegen ein Demonstrationsverbot des Bayreuther Verwaltungsgerichtes Erfolg. Erstmalig seit über zehn Jahren durften die Neonazis wieder durch Wunsiedel ziehen. Das Gericht hatte sich in seiner Begründung nicht der Gefahrenprognose der Polizei und des Bayreuther Gerichts angeschlossen, erkannte jedoch immerhin den „rechtsextremen Hintergrund" der Veranstaltung an.

Am frühen Nachmittag reisten knapp tausend Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet ins Fichtelgebirge. Die Führungsriege der „Freien Kameradschaften" war fast vollständig vertreten, Christian Worch, Thomas „Steiner" Wulff, Peter Borchert, Sascha Bothe, Thorsten Bärthel und Christian Malcoci.

Neben den „Skinheads Westfalen", "Odins Legion" aus Zittau, einigen aus der "Blood & Honour"-Führungsriege, den Kameradschaften Lichtenfels und Schwandorf waren allerdings nur wenig NPD-Hauptaktivisten vertreten. Worüber sich der ehemalige FAP-Chef Friedhelm Busse aus München ärgerte: "Ich werde dem Udo Voigt beim nächsten Treffen in Berlin erst mal den Marsch blasen!"

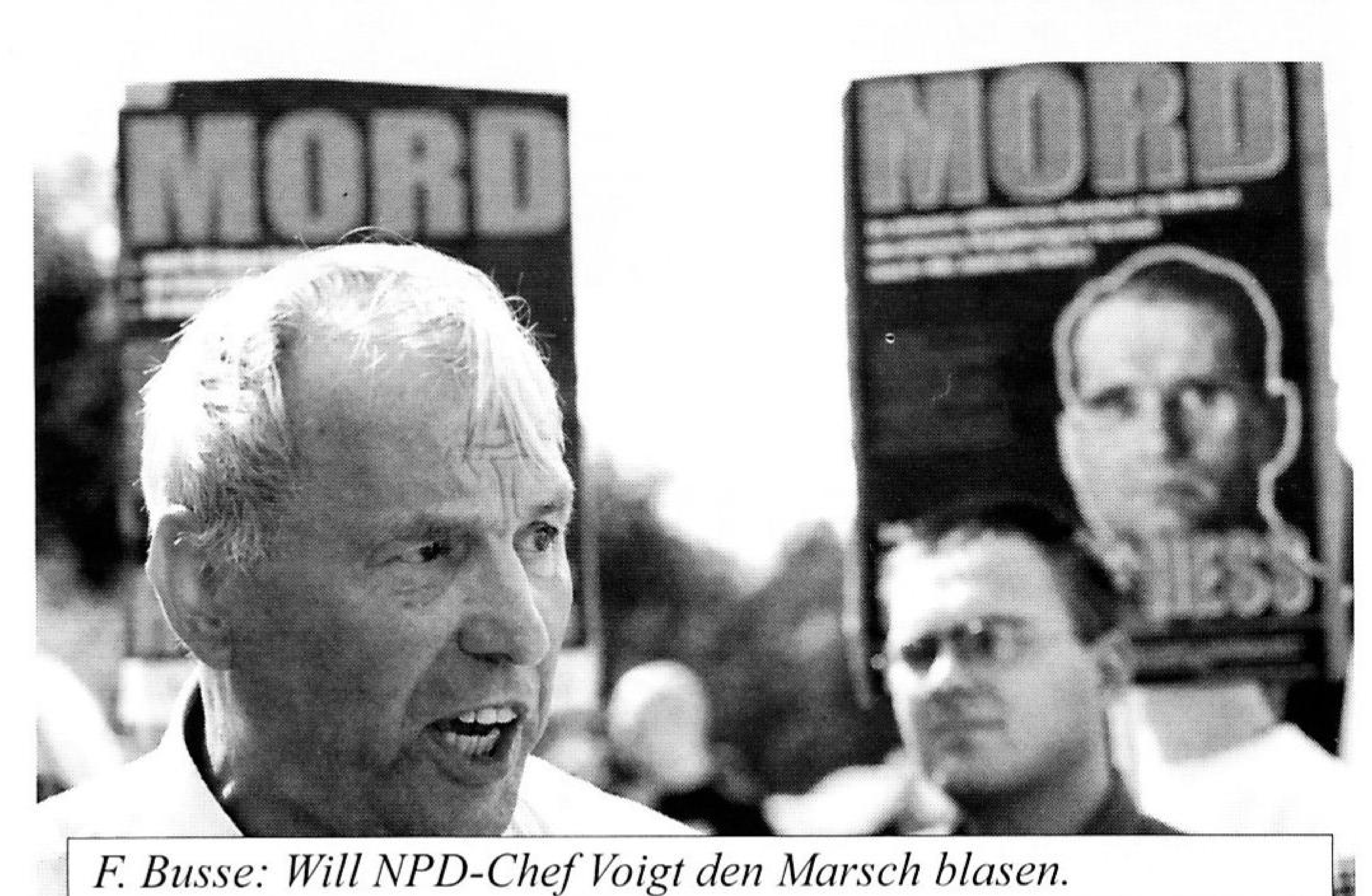
Dann erzählte Rentner Busse begeistert von seiner Südosteuropa-Reise. Gemeinsam mit acht jüngeren Kameraden habe er Gesinnungsgenossen in Österreich, Ungarn, Bulgarien, Tschechien und der Türkei besucht. In Griechenland wurde ihnen die Einreise zwar verweigert, aber dafür habe er sich beim Fußballspiel Ungarn gegen Deutschland köstlich unterhalten. Besonders die Fanrufe "Zigeuner raus" gegen die ungarischen Fußballspieler begeisterten den braunen Bayern.

Während Rieger und Wulff sich intensivst mit dem Auflagenkatalog der bayerischen Polizei beschäftigten und Journalisten aus dem Weg gingen, schwärmte Busse von seinen guten Kontakten zu den Medien. Immerhin wurden ihm einige unkommentierte Sendeminuten als rechter Zeitzeuge im jüngsten MDR-Dreiteiler "Nach Hitler- Radikale Rechte rüsten auf." eingeräumt. Zu einem der Autoren pflegte Busse, so rühmte er sich, seit längerem ein freundschaftliches Verhältnis. Den Fernsehjournalisten und seine Ehefrau habe er sogar schon privat besucht.

Plötzlich breitete sich Unruhe in den Reihen der Heßmarsch-Organisierer aus: Jürgen Rieger hatte der angetretenen Ordnertruppe verkündete, daß keiner von ihnen vorbestraft sein dürfe. Sofort lichteten sich die Reihen zusehends. Thomas "Steiner" Wulff, selber mehrfach verurteilt, wies den kürzlich aus dem Knast entlassenen "Blood & Honour"-Aktivisten Christian Hehl aus Ludwigshafen darauf hin, daß auch er seine Ordnerbinde wieder abstreifen müsse. Eifrig suchten die Neonazis nach unbelasteten Saubermännern in den eigenen Reihen. Ein schwieriges Unterfangen, das den Aufmarsch verzögerte. Rieger stöhnte: "Versammlungsleiter darf ich sein, aber leider nicht Ordner!" Schließlich wurden auch die mitgereisten Frauen aufgefordert, Inge Nottelmann zierte sich jedoch.

Mit mehrstündiger Verspätung und begleitet von schwerer klassischer Trauermusik setzte sich die Demonstration in Bewegung. Wenig Parolen, kaum Fahnen und Plakate.

Bei der folgenden Kundgebung verlas Rieger-Gehilfe Thomas "Steiner" Wulff die Grußworte des Heß-Sohnes Wolf-Rüdiger, der wegen seiner angeschlagenen Gesundheit nicht dabei sein konnte, den Kameraden aber für ihre Teilnahme "auch im Namen meines Vaters" herzlich dankte. Als einziger Redner beendete Jürgen Rieger den Trauermarsch mit einer endlosen Rede über die "Verdienste" des Nationalsozialisten Heß. Viele jüngere Glatzköpfe hatten da bereits gelangweilt die Nase voll, und beschwerten sich leise: "Wann hört denn wenigstens dieses Beethoven-Trauergedudel auf".



F. Busse: Will NPD-Chef Voigt den Marsch blasen.


Vorbestraftes Führungspersonal: Busse, Worch und Malcoci


Black-Metal-Fans als Heß-Verehrer



"Kern ist die Angst vor dem Fremden"

Im Herbst 2000 haben sich mehrere Musiker aus dem Rap-, Reggae- und Soul-Bereich in der Bundesrepublik zu einer Gruppe unter dem Namen "Brothers Keepers" zusammengeschlossen. Den Anlass bildete für sie der von Neonazis verübte Mord an Alberto Adriano, einem Deutschen mosambikanischer Herkunft, im Juni letzten Jahres in Dessau. In ihrer ersten, kürzlich gemeinsam veröffentlichten Single mit dem Titel "Adriano (Letzte Warnung)" attackieren sie den rechten Alltagsterror und verkünden, Neonazismus und Rassismus offensiv entgegen zu treten. Der Rechte Rand sprach mit dem Gründer der Gruppe "Brothers Keepers", Adé von der Rap-Gruppe "Bantu", und dem Rap-Musiker Torch über die Gründe für ihren Zusammenschluss, die Ziele der "Brothers Keepers" und den alltäglichen Rassismus in Deutschland.

Der Rechte Rand: Euer Zusammenschluss trägt den Namen "Brothers Keepers". Wie ist der Name entstanden und was ist seine Bedeutung?

Adé: Das Wort "brother" hat für uns etwas mit Zusammenkunft und Verantwortung zu tun. Der Begriff "Brothers Keepers" - Bruders Hüter - stammt aus der Bibel. Er nimmt uns in die Pflicht, für andere da zu sein, uns um andere zu kümmern. Daher ist dies meiner Meinung nach der passendste Name für unseren Zusammenschluss überhaupt, da er ausdrückt, dass wir Verantwortung übernehmen.

DRR: Im Juni diesen Jahres ist die erste Single "Alberto (Letzte Warnung)" veröffentlicht worden. Insgesamt haben 14 Musiker daran mitgewirkt. Zusätzlich wurde der Verein "brothers keepers e. V." gegründet, dem jeder und jede beitreten kann. Was sind die Ziele der Rap-Gruppe "Brothers Keepers" und des Vereins?

Adé: Ziel des Vereins ist es, aktiv auf Unrecht zu reagieren und als Afrodeutsche in der deutschen Gesellschaft neue Impulse zu setzen, da wir selbst bi- oder vielfach kulturell aufgewachsen sind und leben. Wir möchten als Brücken zwischen zwei Welten fungieren. Unser Ziel ist es, Opfer rassistischer Gewalttaten direkt zu unterstützen und ihnen direkt zu helfen. Das heißt, auf unbürokratischem Weg an ausgewählte Organisationen Gelder zu verteilen.

Der Verein "brothers keepers e. V." hat Mitglieder und Fördermitglieder. Man kann Fördermitglied des Vereins werden, indem man uns über unsere Website www.brothers-keepers.de kontaktiert oder uns anschreibt.



Torch: „Es liegt an uns HipHop-Künstlern, ob wir nur Scheiße erzählen oder ob wir ihnen etwas erzählen, das uns wichtig ist."

DRR: Beziehen sich die "Brothers Keepers" in ihrer Arbeit nur auf die Neonazis, die MigrantInnen und andere ihnen missliebige Menschen auf den Straßen jagen und sie verprügeln?

Torch: Nein, das ist ein gesellschaftliches Problem. Ich denke dabei an Leute wie Edmund Stoiber und Roland Koch, die den Rassismus, der bereits vorherrscht, anstatt ihn zu unterdrükken und zu bekämpfen, für ihre Interessen benutzen. Das sind für mich gefährliche Menschen. Die bekennen sich offen zu ihren Positionen. Sie sind nicht wie irgendwelche Kinder, die sich voll laufen lassen und dann Leute zusammenschlagen, über die sie gelernt haben, dass man sie zu schlagen hat. Es sind die Roland Kochs, die denen so etwas in den Kopf setzen oder die zumindest das Bild aufrecht erhalten, das die Leute schon im Kopf haben. Wir wollen dieses Bild ändern, indem wir den Menschen die Ihnen fehlenden Informationen liefern. Ich persönlich will den Menschen meine Gefühle, meine Herkunft und meine Sichtweise vermitteln können. Wir sehen uns selbst als Musiker nur als Impulsgeber.

Adé: Der Kern der Sache ist die allgemeine Ignoranz und die Angst vor dem Fremden. Und dass in Deutschland als einem Land, in dem viel Blut geflossen ist, nie ein Heilungsprozess stattgefunden hat. Die Menschen hier müssen sich dessen bewusst sein und außerdem die Vielfältigkeit der existierenden Lebensweisen akzeptieren und sich mit ihnen auseinander setzen. Wir wollen die Leute sensibilisieren und auch endlich für uns selbst sprechen. Die Opfer werden immer bevormundet.

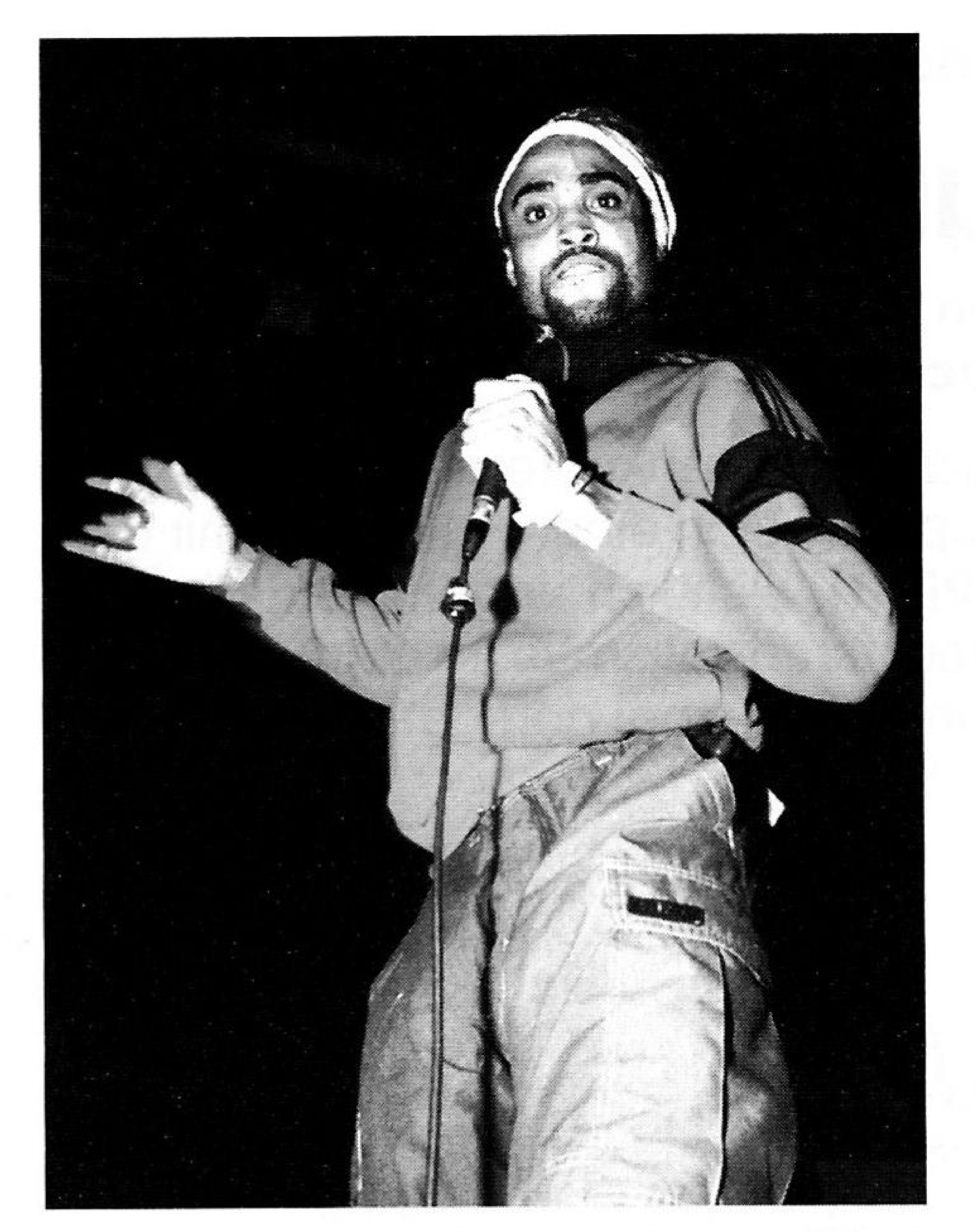
DRR: Das erste Lied der "Brothers Keepers" ist Alberto Adriano gewidmet, der von Neonazis ermordet wurde. Sein Tod war Anlass für den Zusammenschluss der "Brothers Keepers". Rassistische Morde gibt es jedoch in Deutschland seit weit längerer Zeit. Warum war gerade der Mord Alberto Adrianos für die "Brothers Keepers" Grund, als Gruppe ein Lied gegen den rechten Terror zu veröffentlichen und eine Unterstützungsinitiative für die Opfer rassistischer Gewalt zu gründen?

Adé: Wir haben schon vor zehn Jahren ein

Lied für Jorge Gomondai gemacht, der am Ostersonntag ermordet wurde. Wir haben über Afro German gesprochen „From Hoyerserwerda to Rostock"/ "Liberation thru Music & Lyrics". Das ist für uns wie ein Rückschritt. Ich dachte beim Texteschreiben, dass ich mich wiederhole, dass ich das schon hundertmal erzählt habe. Aber ich muss es leider immer wieder tun, bis man mir zuhört.

Torch: Dass wir diese Texte schreiben, hat uns auch sehr viele Probleme gebracht. Viele Leute haben uns deswegen gemieden, auch aus der HipHop-Szene. Dort gab es in Diskussionen die Meinung, politische Themen wären "flowkiller". Mittlerweile sind wir als HipHop-Künstler in einer Position, in der wir Menschen erreichen, Schallplatten verkaufen können und eine Medienpräsenz haben. HipHop ist etabliert und somit sind auch wir es. Das nutzen wir. Das ist ein Unterschied zu früheren Zeiten.

DRR: HipHop ist mittlerweile Massenkultur geworden. Ein Großteil der 15-18 Jährigen hört Rap. Denkt ihr, dass ihr diese Jugendlichen erreicht und bei ihnen etwas bewegen könnt?



Adé: „Die Opfer werden immer bevormundet."

Torch: Die Kids wachsen sowieso mit uns auf. Die kennen unsere Texte in- und auswendig. Es liegt an uns HipHop-Künstlern, ob wir nur Scheiße erzählen oder ob wir ihnen etwas erzählen, das uns wichtig ist. Das ist eigentlich schon alles, was wir machen. Die Resonanz bekommen wir. Es gibt eine Masse von Menschen, die wir erreichen und die sich mit unseren Texten auseinander setzen. Welcher Politiker schafft das?

Das Gespräch mit Adé und Torch von den "Brothers Keepers" führte Adrian Tischler.

Im Herbst diesen Jahres erscheint ein Album der "Brothers Keepers". Ein den "Brothers Keepers" nahe stehendes Projekt namens "Sisters Keepers" wird in Kürze ebenfalls einen Song veröffentlichen.

Luxushotel auf Obersalzberg

Auf dem Gelände der ehemaligen „Alpenfestung" Adolf Hitlers auf dem Obersalzberg bei Berchtesgarden soll ein Luxushotel mit Golfplatz gebaut werden. Die Baukosten werden sich auf 70 Millionen Mark belaufen. Auftraggeber ist eine Tochterfirma der „Bayerischen Landesbank". Betrieben wird das Hotel von der Hotelgruppe „Inter-Continental Hotels & Resorts". Die Hotelanlage soll 2005 eröffnet werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Areal von der US-Armee als Ort der Erholung für ihre Soldaten genutzt worden. Im Jahre 1996 wurde es an den Freistaat Bayern übergeben. Eine Ausstellung zur Geschichte des NS wurde 1999 dort eröffnet.

Rexrodt gibt JF Interview

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und Berliner FDP-Landesvorsitzende Günter Rexrodt hat der rechtsradikalen „Jungen Freiheit" ein Interview gegeben. Darin warnt er vor einer Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin. Der weit rechts stehende, sogenannte national-liberale Flügel der FDP um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl dagegen sei eine Gruppierung, „die es in allen Lagern und Parteien" gebe. „Damit muß und kann man leben", so Rexrodt weiter. Rexrodt gehört dem Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" an, die für die Entschädigungszahlungen von NS-ZwangsarbeiterInnen gegründet wurde.

Lessing-Preis für Botho Strauss

Der Schriftsteller und Dramaturg Botho Strauß soll den diesjährigen Gotthold-Ephraim-Lessing-Preis des Hamburger Senats erhalten. Der mit 30.000 Mark dotierte Preis wird alle vier Jahre an „Autoren und Gelehrte" verliehen, die „sich im Sinne Lessings den Maximen der Aufklärung verpflichtet fühlen". Strauß „widersetze sich mit unbeirrbarer Konsequenz den Moden und Strömungen des Zeitgeistes", heißt es in der Begründung. Er betreibe „Aufklärung mit Mitteln der Gegenaufklärung" und zeige, „wie tief die archaische Prägung reicht". PreisträgerInnen waren bisher u.a. Hannah Arendt, Peter Weiss, Max Horkheimer und Jean Améry. In einer Feierstunde im Hamburger Rathaus am 3. September wird Strauß geehrt.

Strauß hatte 1993 in seinem „Spiegel"-Aufsatz „Anschwellender Bocksgesang" rechtes Denken im Stil rechtskonservativen Kulturpessimismus propagiert. Er polemisierte damals in gegenaufklärerischer und antimoderner Manier gegen die „Totalherrschaft der Gegenwart" und das „Ausmerzen mythischer Zeit".

Strafbefehl gegen „Oberschlesier"

Der Amberger Kreisvorsitzende der „Landsmannschaft der Oberschlesier" (LdO), Walter Sattler, soll 16.000 Mark Strafgeld für eine Äußerung zahlen, die er bei der 51. Barbarafeier der LdO Ende des vergangenen Jahres gemacht hat. So sieht es ein Strafbefehl vor, der dem Vertriebenenfunktionär kürzlich zuging. Sattler hatte in seiner Rede bei der Feier die Umsiedlung der Deutschen infolge von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg als den „größten Holocaust aller Zeiten" bezeichnet, der „durch nichts, aber auch gar nichts an Grausamkeit zu überbieten" sei. Daraufhin erstattete der Kreisverband der Grünen gemeinsam mit den Berliner Politikwissenschaftlern Hajo Funke und Lars Rensmann Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Verharmlosung der NS-Verbrechen. Sattlers Rechtsanwalt, Ortwin Lowack, hat Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt, so dass es nun zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Notfalls wolle man, so der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete und langjährige Vertriebenenaktivist Lowack, bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen, da der Holocaust „im Ursprung überhaupt nichts mit den Juden zu tun" habe, sondern bereits viel älter sei. Ferner verstehe er, Lowack, die „Hysterie" nicht, die sich in der Bundesrepublik bei diesem Thema ausbreite: „Das macht mir Angst."

Förderung für „Ostsee-Akademie" eingestellt

Die „Ostsee-Akademie", deren alleinige Trägerin die „Pommersche Landsmannschaft" (PLM) ist, erhält ab sofort keine institutionelle Förderung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein mehr. Diese Entscheidung wurde nach einem Streit zwischen der PLM und dem Bund um die zukünftige Trägerschaft gefällt. Bund und Land Schleswig-Holstein hatten eine Mit-Trägerschaft der in Lübeck-Travemünde sitzenden Akademie gefordert. Dazu zeigte sich die PL nicht bereit.

Nun wollen der Bund und das Land Schleswig-Holstein zusammen mit der Stadt Lübeck und anderen Kandidaten für eine Trägerschaft Gespräche über eine Neugründung der Akademie führen. Aus rechtlichen Gründen müsse eine neue Akademie einen anderen Namen führen. Doch solle die bisherige politische und kulturelle Arbeit der „Ostsee-Akademie" weitergeführt werden.

Kappel übernimmt DP-Vorsitz

Der ehemalige Bundesvorsitzende des rechtsradikalen „Bundes Freier Bürger" (BFB), Heiner Kappel, ist zum Bundesvorsitzenden der „Deutschen Partei" (DP) gewählt worden. Kappel löst damit Freiherr von Campenhausen ab. Dieser wurde zum Ehrenvorsitzenden der Partei ernannt. Laut Kappel wolle die DP für sich als „zukünftige wertkonservative und freiheitlich-nationale Kraft" werben. Sie trete für ein „Europa der Vaterländer" und „die Wahrung der christlich-abendländischen Kultur" ein.

Torsten Bultmann

„Masse“ und „Elite“

Strukturelle Bedingungen für Rechtsradikalismus an den Hochschulen

Der Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Klaus Landfried, wirkte irgendwie wie ertappt, als er in einem Interview mit dem 3SAT-Magazin „kulturzeit“ (24. Juli 2001), sichtlich ungehalten, die Problematik eines sich ausbreitenden Rechtsradikalismus an den Hochschulen quasi für „nicht existent“ und „künstlich herbei geredet“ erklärte.

Wenn führende Repräsentanten wie er seit zehn Jahren und länger Begriffe wie „Elite“, „Wettbewerb“, „Auslese“ zum herrschenden hochschulpolitischen Paradigma erheben und entsprechend in die Unis hinein rufen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn ihnen das vermutlich bloß technokratisch Gemeinte radikalisiert zurück schallt.

Aktualität hat das Thema durch die Vorgänge um die Münchner „Burschenschaft Danubia“, aber auch durch die Präsentation neuster Befragungsergebnisse der „AG Hochschulforschung“ der Universität Konstanz erhalten, welche seit Anfang der 1980er-Jahre eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation von Studierenden durchführt: Von Untersuchungsabschnitt zu -abschnitt lassen sich die Ergebnisse, die im Übrigen auch von anderen sozialen Erhebungen ähnlich getroffen werden, fast automatisch fort schreiben: Die Gruppe der engagierten und konfliktfesten (aktionsbereiten) Demokraten (von anderen Soziologen auch als „genuine BasisdemokratInnen“ bezeichnet) nimmt ständig ab. Sie nähert sich offenbar der neun Prozent-Marke der 1950er-Jahre, auf der sie sich in der 1961 erschienenen, unter anderem von Jürgen Habermas erstellten, legendären Studie „Student und Politik“ schon einmal bewegt hatte. Ein politisch zunehmend indifferentes „Mittelfeld“ wird von Mal zu Mal größer. Ebenso im Wachsen befindet sich ein explizit „national-konservatives“ politisches Milieu, welches gemäß der Konstanzer Untersuchung aktuell bei fünf Prozent im Westen (1995: drei Prozent) und acht Prozent an ostdeutschen Fachhochschulen liegt. Dieses Milieu kann nochmals einen passiven Sympathisanten- und Dulderkreis zwischen 17 und 25 Prozent um sich scharen. Innerhalb dieses Spektrums, welches überwiegend aus Männern besteht, wächst die Geneigtheit zu autoritären Lösungen sozialer Konflikte, die Übergänge zu noch weiter rechts werden fließender. Auf politisches Interesse stoßen etwa solche Fragen wie „Abwehr kultureller Überfremdung“ und „Zuwanderungsbegrenzung“ – die akademisch feinere Variante von „Ausländer raus!“ –, „Elitenförderung“ und „nationale Wettbewerbsfähigkeit“.

Man könnte zunächst meinen, es handle sich um eine Art „Umverteilung“ von „links“ nach „rechts“; Abnahme hier, Zuwachs dort, womit der in der Folge der 1968er-Ereignisse an den Hochschulen ausgelöste Politisierungsschub endgültig auszulaufen scheint. Eine solche gängige Erklärung, die hier lediglich ein Nullsummenspiel zwischen sich selbst bewegenden Meinungsmilieus sieht, greift jedoch viel zu kurz. Es fällt etwa bereits beim ersten Hinsehen auf, dass politische Vorgaben, die in den rechten Hochschulmilieus besondere Akzeptanz finden – etwa ein sozialdarwinistisch interpretierter Wettbewerbsbegriff, die positive Besetzung des Elitebegriffes als Kehrseite einer Abwertung des Chancengleichheitspostulats, die negative Stigmatisierung so genannter Langzeit- und BummelstudentInnen – keine exoterischen Gruppenmeinungen darstellen, sondern lediglich eine Radikalisierung von Positionen, die bis in „die Mitte der Gesellschaft“ konsensfähig sind; genauer betrachtet handelt es sich um eine Zuspitzung anerkannter wissenschaftspolitisch-technokratischer Handlungsmuster der „offiziellen“ Standortpolitik. Diese werden allerdings nicht lediglich „nachgeahmt“, sondern finden ihre Stabilisierung in institutionellen Veränderungen der Hochschulen und des Studienalltags selbst.



Antifaschistischer Protest gegen Günter Zehm, Rechtsaußen-Professor an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena

Die Bildungsreformen der 1960er-und 1970er-Jahre waren unter Leitbegriffen wie „soziale Öffnung der Hochschulen“ und „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ gesellschaftlich mehrheitsfähig. Dieser Rahmen förderte die innere Politisierung der Hochschulen im Sinne eines emanzipatorischen und politisch konflikthaften Wissenschaftsbegriffes. Das Leitbild der offiziellen staatlichen Hochschulpolitik heute markiert demgegenüber eine Fundamentalrevision. Es lässt sich so interpretieren, dass die Muster des externen ökonomischen Wettbewerbs als Erfolgs- und Steuerungskriterium quasi in die Hochschulen hinein verlagert werden. Planungs- und Finanzverteilungsmechanismen orientieren sich zunehmend an formalen, selektiv gehandhabten Leistungsindikatoren (Studienzeit, eingeworbene Drittmittel in der Forschung etc.). Der damit verbundene Übergang von traditionellen (Selbst-)Verwaltungsstrukturen zu betriebswirtschaftlich ausgerichteten Direktionsmodellen beseitigt die noch vorhandenen Schwundformen solidarischer und kollektiver Interessenwahrnehmung. Die riskante Arbeitsmarktsituation trägt dazu bei, dass das Studium bei immer mehr Studierenden auf den instrumentellen Aspekt des Erwerbs eines konkurrenzfähigen Arbeitsvermögens in Anpassung an gesellschaftlich anerkannte Leistungsstandards reduziert wird. Aktuell ist etwa geplant, das deutsche Studiensystem schrittweise in Richtung des „angelsächsischen“ Zweistufenmodells (bachelor/master) umzubauen. Dabei soll der Erstabschluss nach sechs Semestern zugleich der Regelabschluss werden, um anschließend nur noch ein Drittel aller Studierenden über selektive „Eignungsfeststellungen“ in die Master-Programme – auf dem Niveau des heutigen Regelabschlusses (Diplom, Magister) – zu übernehmen, eine Art institutionelle Aufspaltung in „Masse“ und „Elite“. Das Hauen und Stechen im Grundstudium ist programmiert. Kurzum: Die Interpretation von Problemen aus der Perspektive der Verdrängungskonkurrenz dringt in alle Nischen des Hochschulalltags vor, was zugleich mit der Ziel gerichteten Abwertung von allem (Einzelpersonen, politische Milieus, spezifische wissenschaftliche Traditionen) verbunden ist, was „leistungsschwach“ erscheint, und zwar allein dadurch, dass es sich dem gängigen Wettbewerbsdruck entzieht bzw. auf anderen Visionen gesellschaftlicher Relevanz von Bildung und Wissenschaft als denen ökonomischer Verwertbarkeit beharrt.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich behaupte nicht, dass es einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen der Ökonomisierung der Hochschulen und dem Erstarken rechter bis rechtsradikaler Positionen innerhalb der Studierendenschaft gibt. In anderen Ländern, etwa Mexiko, führten ähnliche Vorgänge zu einer linken Radikalisierung. Eben so wenig kann es um eine objektivistische und relativierende Entlastung rechter Umtriebe durch Verweis auf „äußere“ Bedingungen gehen. Es sollte allerdings deutlich geworden sein, dass eine politische Konfrontation mit der Rechten im Hochschulbereich langfristig (natürlich nicht in jedem Einzelfall!) nur erfolgreich sein kann, wenn die institutionellen Veränderungen und alltagskulturellen Bedingungen, die diese stärken, gleichzeitig politisiert werden. Im Kern geht es dabei um nicht weniger als die Repolitisierung der Wissenschaft als soziales System. In den Worten des Frankfurter Sozialwissenschaftlers Joachim Hirsch: „Wenn die Institution, wenn das soziale System Wissenschaft als gesellschaftskritische Instanz versagt, kommt es umso schneller zur Identifikation mit der Macht und dem herrschenden Bewusstsein.“

Sabine Kiel

Wandel des Studierendenbewusstseins

Mehr national-konservativ orientierte Studierende an den Hochschulen

Seit Mitte der 1990er Jahre haben nationale und konservative Positionen unter den Studierenden in West wie Ost deutlich zugenommen und konventionelle wie konservative Ziele – die Sicherung der Marktwirtschaft, die Förderung technologischer Entwicklungen, Bewahrung der Familie und eine härtere Bekämpfung der Kriminalität – eine stärkere Unterstützung unter den JungakademikerInnen erhalten.

Diese Zustimmung zu national-konservativen Positionen ist an den westdeutschen Universitäten auf fünf Prozent und bei den ostdeutschen Fachhochschulen auf acht Prozent angewachsen. Ebenfalls stieg die Tolerierung dieser Positionen: an den westdeutschen Universitäten von acht auf elf Prozent, an den ostdeutschen Universitäten von 13 auf 17 Prozent und an den ostdeutschen Fachhochschulen sogar von 17 auf 25 Prozent. Insgesamt ordneten sich Ende der 1990er Jahre in Westdeutschland über ein Viertel (28 Prozent), in Ostdeutschland sogar mehr als ein Drittel (38 Prozent) der Studierenden keiner politischen Richtung zu und weniger als die Hälfte (etwa 40 Prozent) bevorzugten ausschließlich nur eine Richtung. Am häufigsten stimmen die Studierenden in Ost- und Westdeutschland mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger (insgesamt 41 Prozent, im Osten 32 Prozent), wobei diese Bindung seit Mitte der 1990er Jahre schwächer wird. Ebenfalls nachgelassen hat die Zuordnung zu liberalen Grundpositionen, nicht zuletzt bei den ostdeutschen Studierenden, während christlich-konservative Positionen nach einem gewissen Zulauf (zwischen 1990 und 1993) wieder einen Rückgang, in West- wie Ostdeutschland, verzeichnen. Kommunistisch-marxistische Positionen werden von den meisten Studierenden, teilweise vehement, abgelehnt, jedoch in den neuen Ländern von einem größeren Teil mehr oder weniger geteilt (25 Prozent der dortigen Studierenden, während im Westen es nicht einmal jeder zehnte Studierende ist).

Veränderung der politischen Energie

In den letzten zwanzig Jahren gab es nur noch wenige linke, reformistische wie alternative Ideen und Überzeugungen an den Hochschulen. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die ehemals linke Meinungsführerschaft, die vor allem von geistes- und sozialwissenschaftlichen Studierenden geprägt war, heutzutage mehr denn je von JuristInnen und ÖkonomInnen ausgefüllt wird.

Aufgrund dieser Verlagerung der politischen Energie im Links-Rechts-Spektrum zeigen sich auch Veränderungen hinsichtlich der Geltung von politischen und gesellschaftlichen Denk- und Handlungsmustern. So ist den Studierenden, vor allem in Westdeutschland, zwar die soziale Ungleichheit bewusst, jedoch sind sie im Umgang und Auseinandersetzung damit unsensibler geworden. Konkurrenz und Leistungsdenken ist ihnen wichtiger, Solidarität hingegen unwichtiger geworden.

Besonders erschreckend ist vor allem die Gleichgültigkeit bzw. die Hinnahme dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Anfang der 1980er Jahre vertrat noch die Mehrheit der Studierenden die Ansicht, dass der gegenseitige Wettbewerb die Solidarität unter den Menschen zerstört; nunmehr sind Wettbewerb und Technik für sie die unverzichtbare Grundlage und Motor des ökonomischen und damit gesellschaftlichen Fortschritts geworden.



Obwohl die kritische und überwiegend ablehnende Haltung der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung wie den etablierten Parteien, den Zielen und Leistungen der Politik, schon immer gering war, hat sich in den 1990er Jahren die Distanz, vor allem bei den ostdeutschen Studierenden überproportional, verstärkt. Die steigende Unzufriedenheit mit der Politik, Parteien und Fraktionen hat sich stärker auf die Beurteilung der demokratischen Einrichtungen und Institutionen übertragen und zu einem vermehrten Abrücken geführt.

Unter den Studierenden gibt es, in Anlehnung an die Untersuchung von Jürgen Habermas „Student und Politik" aus den 1960er Jahren, folgende Demokratietypen: Die prinzipiell-vehementen Demokraten (vor allem bei den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften) für die zumeist die Kluft zwischen demokratischen Prinzipien und demokratischer Wirklichkeit besonders groß ist. Ihre Kritik an Parteien und Politik ist härter. Bei den moderaten-unauffälligen Demokraten (am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin) ist das politische Interesse und Engagement zwar geringer, dennoch sind sie aber wenig durch antidemokratische Tendenzen verführbar. Die konventionell-formalen Demokraten (häufig in der Rechtswissenschaften an Universitäten sowie in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten) haben großes Vertrauen in die vorhandenen Institutionen. Sie äußern nur wenig Reformbedarf und setzen mehrheitlich auf Ruhe und Ordnung.

Wie politisch sind Studierende?

In der traditionellen Demokratieforschung werden als entscheidende Voraussetzungen für die politische Partizipation die Informiertheit und die politische Kompetenz der Beteiligten analysiert. Die Studierenden verfügen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung über einen höheren Informationsstand, „ein besseres politisch-soziales Grundwissen, mehr Kenntnisse über demokratische Einrichtungen und Regelungen und wissen meistens genauer über das allgemeine politische Geschehen Bescheid", wie Tino Bargel in einer Arbeit über Politische Sozialisation an Hochschulen hervorhebt. Im Vergleich mit der übrigen Bevölkerung und mit Gleichaltrigen außerhalb der Hochschule interessieren sich Studierenden stärker für Politik. „Während in der Bevölkerung die Anteile der stark an Politik Interessierten im Zeitraum von 1961 bis heute zwischen 15 und 25 Prozent (bei steigender Tendenz) und die der Jugendlichen zwischen 20 und 30 Prozent liegen, erreichen die Anteile unter den StudentInnen 55 bis 70 Prozent." (Bargel)

In der Studierendenschaft überwiegt ein gewisses „politisches Vakuum" und politische Ideen, Debatten und Bewegungen entfalten nur noch wenig Bindung. Dies ist nicht im Sinne politischer Apathie zu verstehen, aber als Aufgabe von Einmischung und Engagement. Am häufigsten engagieren sich Studierende in den Fachschaften, die für sie zu den seltenen Kristallisationspunkten des sozialen Lebens an den Hochschulen gehören. Dort entfalten sie vielfältige Aktivitäten – studienbezogen, gesellig oder kulturell, die aber ohne weiterreichende politische Ambitionen bleiben.

Heutzutage sind die Studierenden konventioneller und pragmatischer als frühere Generationen, die Mehrheit ist rot-grün orientiert. Anstellte sozialistischer Ideale und alternativer Orientierungen streben die Studierenden verstärkt nach Leistung, Wettbewerb und materiellen Wohlstand. Die meisten national-konservativen, AnhängerInnen wie Aufgeschlossene, finden sich bei den Wirtschaftswissenschaften und in der Rechtswissenschaft, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften. Aus diesen drei Fächerdisziplinen rekrutiert sich der Nachwuchs für die gesellschaftlichen Herrschaftspositionen

bzw. die wirtschaftlichen Führungspositionen. So hängt ein nicht unerheblicher Teil der späteren InhaberInnen der Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft national-konservativen und rechts-orientierten Vorstellungen an bzw. toleriert sie. Ein gewisses Meinungskartell zukünftiger VertreterInnen von Staat, Wirtschaft und Technik zeichnet sich ab, in dem national-konservative Töne in nicht unerheblichem Maße bestimmend sind.

National-Konservative und Rechte im engeren Sinne, mit ihren anti-demokratischen Tendenzen, sind an den westdeutschen Universitäten sehr wenige geblieben. Wenngleich sich die überzeugte Anhängerschaft kaum vergrößert hat, ist der Kreis Studierender, der solche Ansichten toleriert, teilweise akzeptiert, in den letzten Jahren größer geworden. Für Bargel sind an den Hochschulen extrem rechte Gedanken „in eine akademische Welt getaucht. [...] Nationalkonservative Studierende erschienen nicht in Springerstiefeln und mit kahlrasiertem Schädel auf dem Campus. Doch sei ihre wachsende Zahl seit Mitte der neunziger Jahre auffällig. Seither ordneten sich immer mehr Studentinnen und Studenten als national-konservativ und damit als deutlich rechts von der CDU ein. So sei die Zustimmung zu typisch national-konservativen Grundgedanken wie ‚Begrenzung der Zuwanderung' und ‚Abwehr von kultureller Überfremdung' gewachsen."

Es bestätigt sich abermals, dass die Hochschule als „politischer Ort" an Bedeutung verliert. Diese Tendenzen sind in ihrer Entwicklungsrichtung allerdings noch nicht eindeutig bestimmbar: etwa was das Verhältnis von politischer Frustration, eventueller Verlagerung politischer Interessen auf andere gesellschaftlichen Bereiche oder einer tatsächlich verengten Problemwahrnehmung dabei betrifft. Ein unmittelbares „ressortmäßiges" hochschulpolitisches Interesse hat es beispielsweise in dieser Form noch nie in relevantem Umfang gegeben.

Die Veränderungen seit den 1980er Jahren reichen derart weit, dass sie einen Wandel im politischen Bewusstsein und Potenzial der Studierenden bedeuten. „Einige dieser Entwicklungen sind für die politische Demokratie wie das gesellschaftliche Zusammenleben problematisch. Hier sei besonders darauf hingewiesen, dass die zunehmende politische Gleichgültigkeit unter den Studierenden ein Gutteil Verantwortungslosigkeit und eine Abnahme öffentlicher Tugenden enthält. Der Verzicht auf Partizipation und Engagement beinhaltet einen vielfach ressentimentgeladenen Rückzug, selbst bei vielen Studierenden, die sich noch Gedanken um Zukunft und Gesellschaft machen. Ein egoistischer Individualismus mit manchen Zügen des sozialen Autismus und von Inhumanität tritt in den Vordergrund, insbesondere bei jenen, die an die Schalthebel der Macht streben. Zudem werden einzelne politische Positionen wie Ausgrenzung von Ausländern oder die Abwehr kultureller Überfremdung von nicht wenigen Studierenden geteilt. Die größer gewordene Zahl national-konservativer bis rechts-reaktionärer Studierender, auch wenn sie nicht in Springerstiefeln auftreten und an den Hochschulen Gewalttaten ausüben, bleibt zu beachten. Denn im Fahrwasser des veränderten politischen Klimas und des gewissen politischen Vakuums haben und sehen sie ihre Chance zur Einflussnahme." (Tino Bargel)

Alexandra Kurth

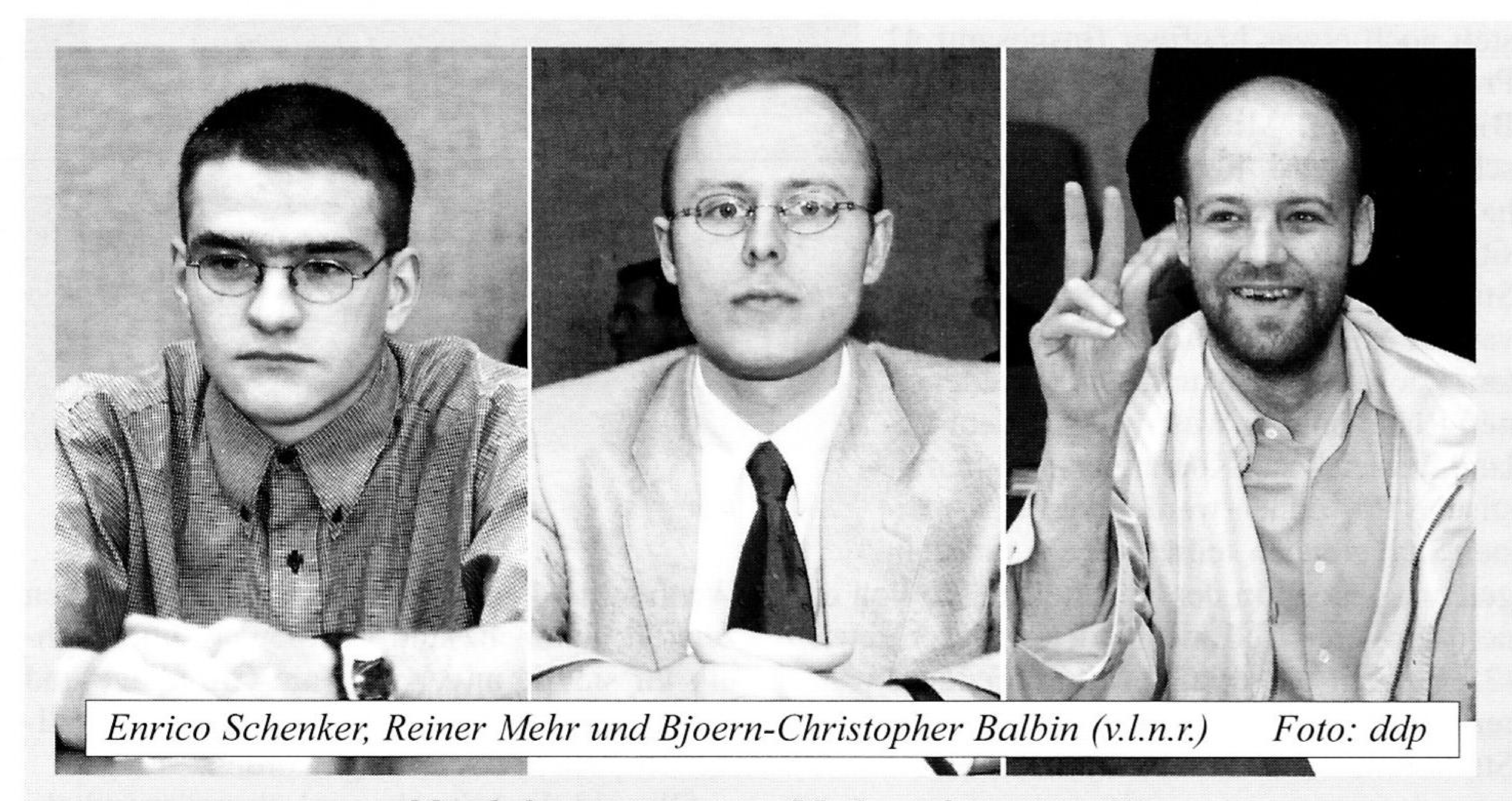
Rasanter Rechtsdrift

Burschenschaften radikalisieren sich weiter

Ende Juni diesen Jahres warnte der bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU) davor, dass sich Rechtsextremisten verstärkt darum bemühten, in Burschenschaften und damit an Hochschulen Einfluss zu gewinnen. Während dieser Sachverhalt im Bundesverfassungsschutzbericht von 1995 nur abstrakt verhandelt worden war, nannte Beckstein Ross und Reiter. Er verwies auf die Münchner „Burschenschaft Danubia", die „Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg" und die „Burschenschaft Frankonia Erlangen" – alle Mitglieder der „Deutschen Burschenschaft" (DB), eines der größten schlagenden verbindungsstudentischen Dachverbände mit etwa 15.000 Mitgliedern.

In der „Frankonia" gebe es „Richtungskämpfe zwischen einem demokratischen und einem extremistischen Flügel". Bei der „Teutonia", die auf dem Burschentag 2000 zur Vorsitzenden Burschenschaft für das Geschäftsjahr 2001/2 gewählt worden war, habe unter anderem der NPD-Funktionär Jürgen Schwab referiert. Schwab ist Mitglied der „Prager Burschenschaft Thessalia zu Bayreuth" und war im „Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit" der DB tätig. Zudem hatte die „Teutonia" in einem Flugblatt behauptet, es sei falsch, Angriffe auf Ausländer als „rechtsextremistische Gewalttaten" zu bezeichnen. Dahinter stünden vielmehr „soziale Konflikte" oder „übermäßiger Alkoholkonsum". Die „Danubia" habe – so Beckstein – „wiederholt ein Forum für Auftritte mit verfassungsfeindlichem Inhalt gegeben". Unter anderem seien dort der Cheftheoretiker des rechtsextremen „Deutschen Kollegs", Reinhold Oberlercher, der NPD-Funktionär Horst Mahler und der verurteilte Südtirol-Terrorist Peter Kienesberger aufgetreten. Für das Sommersemester 2001 sei ein Vortrag des Neonazis und früheren NPD-Aktivisten Alexander von Webenau zur Person des von den Nationalsozialisten verehrten Albert Leo Schlageter unter dem Titel „Leben und Sterben eines deutschen Helden" geplant. Der Referent wurde als Bundesbruder angekündigt, ist also Mitglied der „Danubia".

Kurz darauf wurde bekannt, dass der mutmaßliche Haupttäter des brutalen Überfalls auf den Griechen Artemios T. im Januar diesen Jahres in München (vgl. DRR Nr. 69) von einem



Enrico Schenker, Reiner Mehr und Bjoern-Christopher Balbin (v.l.n.r.) Foto: ddp

Verfahren gegen Mehr eingestellt

Die Beteiligung an einer Schlägerei in München im Januar, bei der ein Grieche schwer verletzt worden war, hat für Reiner Mehr keine weiteren Folgen. Das Verfahren gegen das 25-jährige Mitglied der Burschenschaft Danubia wegen gefährlicher Körperverletzung ist am 13. August 2001 eingestellt worden, da Mehr keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Der Maschinenbau-Student und Bruder des verstorbenen Neonazis Harald Theodor Mehr betreibt die Website des „Nationalen Widerstands Bayern".
Für den 30. August werden die Urteile gegen die Mitangeklagten Enrico Schenker (22 Jahre) und Björn-Christopher Balbin (29 Jahre), Mitglied des „Freizeitverein Isar 96 e. V." und Mitbegründer des rechten Fußball-Fanclubs „Blaue Legion", erwartet. Vier an der Schlägerei beteiligte Skins sind bereits im Mai verurteilt worden: Andreas Schaffer und Frank Kussinger zu 18 und 14 Monaten Haft sowie Markus Reichl und Attila Szitko zu Bewährungsstrafen.
Der Prozess gegen die Hauptbeschuldigten Christoph Schulte, Anna-Maria von Papen, Dominik Brotmärkl und Norman Bordin soll am 27. September beginnen.



Mitglied der „Teutonia" zum Haus der „Danubia" gebracht worden war, von wo aus er am nächsten Tag in die Niederlande flüchtete. Nach Auskunft des Oberstaatsanwaltes wurde in diesem Zusammenhang auch gegen Reiner Mehr von der „Danubia" wegen schwerer Körperverletzung ermittelt. Dieser war laut einer Presseerklärung seiner Burschenschaft seinerzeit schon suspendiert; er selbst antwortete auf die Frage des Vorsitzenden Richters, ob er Mitglied der „Danubia" sei: „Laut einer Pressemitteilung der Verbindung bin ich es nicht mehr."

In der Folge untersagte die Universität Regensburg der „Teutonia" das Verteilen von Flugblättern auf dem Uni-Gelände, weil diese den Universitätsfrieden störe. Die Universität München verbannte den Schaukasten der „Danubia" aus dem Hauptgebäude und verbot ihr jegliche Aushänge auf dem Gelände der Hochschule; der AStA forderte die Abschaffung aller Verbindungsschaukästen und überklebte sie mit Plakaten für den Kongress „Alte Herren – Neue Rechte. Schattenseiten der Universität". Der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Mossbauer schlug vor, ein Verbot der „Danubia" ernsthaft zu prüfen. Und auch der Sprecher des bayrischen Innenministeriums Michael Ziegler zog ein Verbot nach dem Vereinsrecht als „Ultima Ratio" in Erwägung, wenn nachgewiesen werden könne, dass die Burschenschaft „aggressiv-kämpferisch gegen die verfassungsrechtliche Ordnung" vorgehe.

In der Verbindungsszene war die Aufregung ebenfalls groß, wobei hier nur selten deutliche Distanzierungen zu hören waren. Man übte sich vielmehr in zurückhaltender Kritik, die in erster Linie den Münchner Vorfall betrafen. Die ortsansässigen katholischen Verbindungen charakterisierten die „Vorfälle als belastend für das Ansehen studentischer Verbindungen" und vier der Münchner Burschenschaften – „Alemannia", „Arminia-Rhenania", „Franco-Bavaria" und „Stauffia" – erklärten: „Sollten sich die Vorwürfe als begründet herausstellen, so verurteilen wir das Verhalten aufs Schärfste." Der Sprecher der „Arminia-Rhenania" und „Junge Freiheit"-Autor, Philip Plickert, erklärte gegenüber der „Süddeutschen Zeitung": „Das war eine grauenhafte Rufschädigung." Man selber gelte als liberal und tendiere zum konservativen Lager. Der Sprecher des Altherrenverbandes der „Danubia" und rechte Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp nannte den Vorfall „bedauerlich". Das Haus sei „von Dritten missbraucht worden". Für die Alten Herren gebe es jedoch in der derzeitigen Diskussion „keinen Grund einzugreifen". Kopps Gelassenheit könnte sich jedoch als Irrtum erweisen. Aufgrund des rasanten Rechtsdrifts der sich explizit als politisch verstehenden DB sind Probleme im Zusammenhang mit dem geplanten NPD-Verbot vorprogrammiert, wurde doch im vergangenen Jahr erstmalig ein sich offen zu seiner Mitgliedschaft in der NPD-Studentenorganisation „Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB) bekennender Burschenschafter in eine zentrale Funktion des Dachverbandes gewählt. Zudem existiert ein „Arbeitskreis Nationalisten in der Deutschen Burschenschaft", der mit dem NHB kooperiert und im NPD-Blatt „Deutsche Stimme" damit wirbt, dass in „nahezu jeder bundesdeutschen und österreichischen Hochschulstadt [...] auch heute noch mindestens eine Burschenschaft ansässig" sei, „die ihren Mitgliedern Alternativen zum BRD-System und dessen furchtbaren Auswirkungen in der Universitätslandschaft bieten kann."

Der Vorsitzende der „Vereinigung Alter Burschenschafter" (VAB), Aloyse E. Gombault, versuchte den Schaden zu begrenzen und empfahl die Einleitung eines verbandsinternen Ermittlungsverfahrens: „Sollten sich die Verdachtsmomente bestätigen, müssen unverzügliche Maßnahmen wie der Ausschluss der ‚Danubia' ergriffen werden." Gleiches gelte für die „Teutonia". Gombault verwies auf den Einfluss der Alten Herren, die „den Geldhahn zudrehen oder den Zutritt zu den Liegenschaften unterbinden" könnten.

Die Affinitäten der DB zur extremen Rechten zeigen sich jedoch nicht nur in Bezug auf die personellen und organisatorischen Verflechtungen einzelner Burschenschaften, sondern sind längst in die Programmatik des fakultativ schlagenden Dachverbandes eingegangen. Beispielsweise beinhaltet der Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland" seit 1971 den so genannten volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff, welcher in der Tradition des völkischen Nationalismus steht und einer der wesentlichen Bestandteile rechtsextremer Ideologien ist. Deutschland wird hierbei nicht als politische Willensgemeinschaft verstanden, sondern „unser Vaterland ist die angestammte kulturelle und geistige Heimat aller Deutschen unabhängig von staatlichen Grenzen."

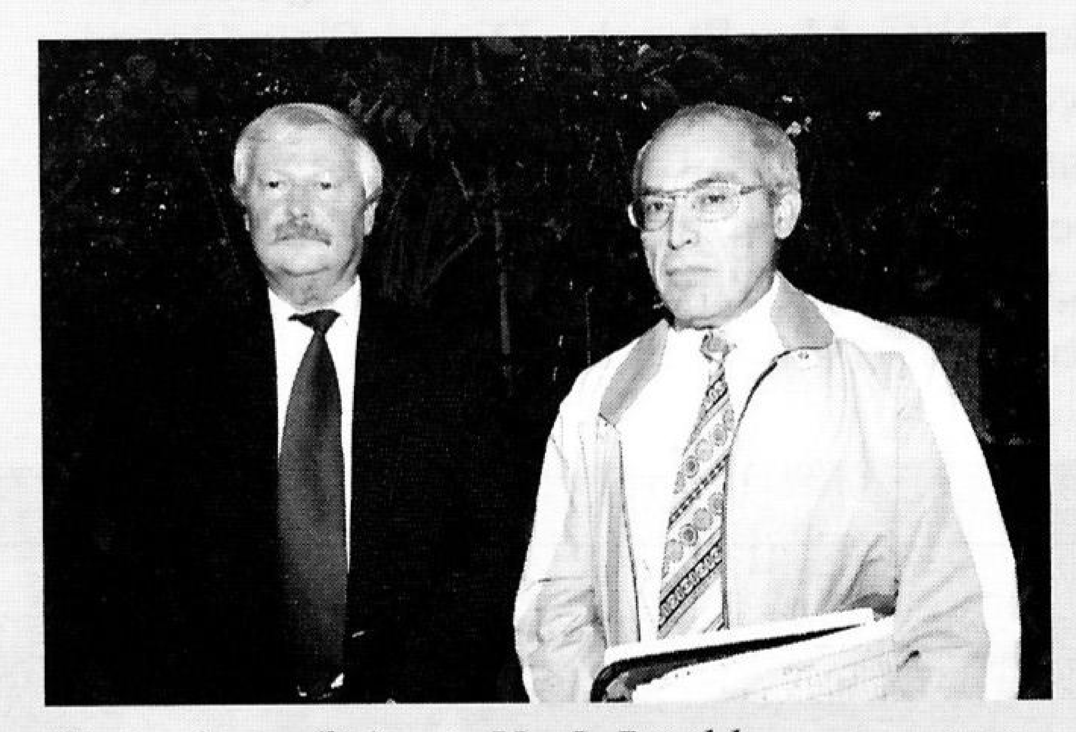
Dass das Rechtsextremismus-Problem von der DB selbst allerdings nicht wahrgenommen wird, zeigte nicht zuletzt die Entwicklung der letzten Wochen: Nachdem die „Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg" vom Vorsitz zurückgetreten ist, wird dieser kommissarisch von der Marburger „Burschenschaft Rheinfranken" weitergeführt. Diese hat jedoch eine ähnliche Referentenliste wie die von Beckstein erwähnten Burschenschaften und pries Schlageter bereits 1992 als „Vorbild der deutschen Jugend".

Juchem-Vortrag verhindert

Anfang August wollte Wolfgang Juchem in den Räumen der Marburger "Burschenschaft Teutonia-Germania" einen Vortrag zum Thema "Globalisierung" halten. Rund 25 Antifaschisten blockierten den Eingang zum Burschenhaus – was zunächst zu einigem Gerangel führte, schließlich aber den Abbruch der Veranstaltung zur Folge hatte. Bis hierhin nichts Ungewöhnliches, abgesehen davon, dass einer ähnlichen Aktion Mitte Juni bei einem Vortrag mit Franz Schönhuber im Haus der "Burschenschaft Rheinfranken" dieser Erfolg nicht beschieden war.

Das eigentlich Interessante ist die Zusammensetzung des Vereins, der die Veranstaltung durchführen wollte, und dessen öffentliches Vorgehen. Eingeladen hatte die "Fördergemeinschaft für Soldatenverbände" (FfS), ein Zusammenschluss von soldatisch geprägten Menschen, die sich unter anderem zum Ziel gesetzt hat, die "Vereinigte linke Volksfront" mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Als ihre Gegner benennt sie: "Stalins Antifaschisten, Stalins proletarische Kämpfer, Stalins 68er und deren Helfer".

Zu den Mitgliedern des Verbandes zählen Rechte aus der CDU, REPs, NPDler und einige Burschenschafter. Dabei handelt es sich jedoch nicht um irgendwelche Hinterbänkler: Von der CDU etwa sind Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete und Ortsbeiräte dabei. Die NPD stellt mit Alfred Horst den Ersten Vorsitzenden des Kreisverbands und mit Martin Dembowsky den Kreisgeschäftsführer. Die REP warten unter anderem mit dem Zweiten Vorsitzenden des Kreisverbands, Harald Wenz und dem Mitglied im Landesvorstand, Gerhard Lengelsen, auf. Vorsitzender dieses illustren Vereins ist der CDU-Funktionär Klaus-Jürgen Böckler.



W. Juchem (li.) mit K.-J. Böckler

Ob aus Sorge vor möglichen Schwierigkeiten oder aus dem Ansinnen heraus, mit dem Referenten unter sich sein zu wollen – die FfS hatte weder in einer Ankündigung in der Lokalpresse, noch den gastgebenden Burschen die Wahrheit über den Vortrag bzw. die Identität des Vortragenden mitgeteilt. Selbst als die von den DemonstrantInnen völlig überraschten Burschen vors Haus traten und bei der FfS um Klärung baten, logen diese dreist und behaupteten, dass es sich um einen völlig harmlosen Vortrag zur Zeitgeschichte handeln würde. Erst durch die Antifas wurde ihnen bekannt, dass Juchem unter anderem bei den Heß-Gedenkmärschen 1992 in Rudolstadt und 1993 in Fulda sowie auf diversen Jahreshauptversammlungen der HNG als Redner aufgetreten war. Daraufhin bliesen die Burschen aus Sorge vor eventuellem Aufsehen ihre Burschenschaft betreffend den Vortrag ab und erklärten, auch in Zukunft der FfS die Räume verweigern zu wollen.

Olaf Goebel

Wissenschaft ohne Moral

Viel zu spät entschuldigt sich die „Max-Planck-Gesellschaft" bei ihren NS-Opfern

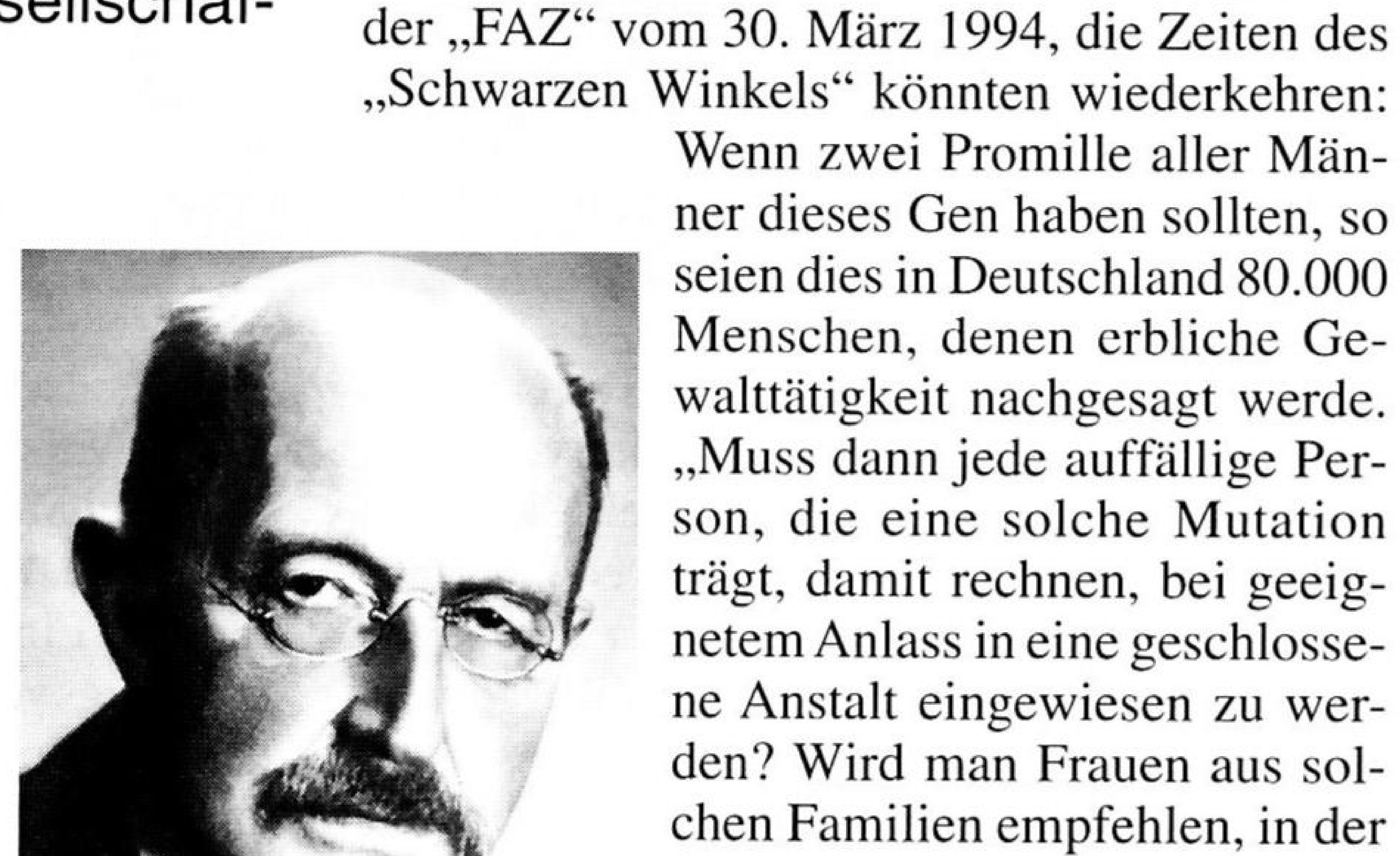
Es ist eine Eigenschaft von Entschuldigungen bei NS-Opfern, dass sie irgendwie ungenügend wirken, und irgendwie erzwungen. Es ist ein notwendiger Schritt, wenn sich der Präsident der „Max-Planck-Gesellschaft" (MPG), Hubert Markl, für Verbrechen von Wissenschaftlern wie Josef Mengele entschuldigt, die diese im Rahmen der MPG-Vorläuferorganisation „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" (KWG) verübt haben. Trotzdem scheinen viele Fakten und umstrittene Verwicklungen der beiden Gesellschaften bis heute von ihnen lieber unbenannt.

Die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" (KWG) wurde 1911 gegründet und nach 1933 nicht wie andere Institutionen von den Nazis gleich geschaltet. Generaldirektor Friedrich Glum erklärt das damit, als „die Gleichschaltung kam, konnten wir sagen, dass wir davon nicht betroffen würden, da wir uns schon gleichgeschaltet hatten." Anlässlich des 25. Geburtstags schrieb er 1936: „Dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sich dem neuen Reich Adolf Hitlers freudig für sein Wiederaufbauwerk an unserem deutschen Vaterlande zur Verfügung gestellt hat, bedarf keiner besonderen Rechtfertigung." Im Vorwort dieser Schrift verkündet der damalige Präsident der KWG, Max Planck: „Diesen Platz (der wissenschaftlichen Forschung) auszufüllen und so ihren Teil zum Aufstieg des neuen Deutschland beizutragen, wird die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auch in Zukunft zu ihrer höchsten Ehre rechnen." Planck verschleierte in seinen offiziellen Kommentaren allgemein die aktive Rolle der Gesellschaft bei der Vertreibung hauptsächlich jüdischer Forscher aus ihren Instituten und die Bereitschaft vieler KWG-Wissenschaftler, sich ohne größeren Widerspruch der NS-Politik unterzuordnen.



KWG im Dienste der Nazi-Rassenkunde

Im NS kam der KWG eine Sonderrolle zu. Sie wurde großzügig von Staat und Industrie gefördert, und ihre Wissenschaftler wurden – unüblicherweise – vom Kriegsdienst freigestellt. Das verwundert nicht, sollte doch die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" nach den erhofften siegreichen Eroberungskriegen der Nazis die Führung der Wissenschaften im neugeordneten Europa übernehmen.



Max-Planck

Wissenschaftler der KWG beteiligten sich maßgeblich an NS-Verbrechen, wie etwa der Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Genealogie und Demographie", Prof. Ernst Rüdin. Unter seiner Mitarbeit entstanden vor 1933 die Sterilisierungsgesetze, die am 1. Januar 1934 von den Nazis in Kraft gesetzt wurden. 1935 forderte Rüdin die Legalisierung der Diagnose „moralischer Schwachsinn" als Sterilisierungsgrund. Erfasst werden sollten damit unter anderem die „mangelhaft an das Leben Angepassten", insbesondere „antisoziale und asoziale Menschen". Rüdin schlug eine totale Erfassung der Bevölkerung vor: von Zwangssterilisationen für den einen Teil als „negative ausmerzende Rassenhygiene" oder „Zuchtwahl" für die anderen. Zeitweise arbeitet er mit dem faschistischen „Lebensborn e.V." zusammen, der „reine Arier" mit der SS-Elite und „deutschen Mädels" züchten wollte. Insgesamt 40.000 Personen hat das NSDAP-Mitglied untersucht – und daraus Zwangssterilisationen veranlasst.

Ihre eigene Vergangenheit verleugnete die „Max Planck-Gesellschaft" in ihren Schriften: „Angesichts der Inflation [...] unterstützte der Staat die zunächst rein privat finanzierte Gesellschaft, [...]. Die Nazis waren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht wohlgesonnen. Zwangsentlassungen, Repression gegen jüdische und missliebige Mitarbeiter waren die Folge."

1994 entschloss sich die Max-Planck-Gesellschaft zur Wiederaufnahme der Humangenetik-Forschung am „Max-Planck-Institut für molekulare Genetik" in Berlin. Der erste Humangenetiker, den die MPG nach ihrer Gründung 1948 berief, war 1994 H.H. Ropers, der behauptete, ein vererbbares Aggressions-Gen entdeckt und in holländischen Familien nachgewiesen zu haben. Die vermeintlichen Gen-Träger seien asozial und neigten zur Gewalttätigkeit. Der amerikanische Genetik-Professor Benno Müller-Hill befürchtet in einem Artikel in der „FAZ" vom 30. März 1994, die Zeiten des „Schwarzen Winkels" könnten wiederkehren:

> Wenn zwei Promille aller Männer dieses Gen haben sollten, so seien dies in Deutschland 80.000 Menschen, denen erbliche Gewalttätigkeit nachgesagt werde. „Muss dann jede auffällige Person, die eine solche Mutation trägt, damit rechnen, bei geeignetem Anlass in eine geschlossene Anstalt eingewiesen zu werden? Wird man Frauen aus solchen Familien empfehlen, in der Schwangerschaft zu testen, ob das männliche Ungeborene Träger der Mutation ist? Werden dann Kinder abgetrieben werden, weil sie möglicherweise einmal später als Erwachsene straffällig werden könnten? Und werden die rastlosen Forscher untersuchen, ob es diese Mutationen gehäuft in bestimmten Volksgruppen gibt? In Zigeunerfamilien zum Beispiel, deren Verwandte in Deutschland ja schon einmal, Person für Person, untersucht wurden, ehe man sie nach Auschwitz deportierte?"

Vor einigen Jahren eröffnete die „Max-Planck-Gesellschaft" ein „Institut für Demographie" in Rostock. Wie zu erfahren war, „sollen die spezifischen Forschungschancen genutzt werden, die sich aus dem Standort des Instituts in den neuen Bundesländern ergeben: In der Erforschung der Bevölkerungsentwicklung im vereinigten Deutschland sowie in der Analyse demographischer Prozesse in Osteuropa soll das Institut eine Schlüsselrolle übernehmen."

Einen thematischen Vorläufer hatte das MPI in Rostock im NS: das „Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene" der KWG, wo Prof. Dr. Hans Grebe, ein Propagandist der faschistischen Rassenirrlehren, lehrte. Grebe war Schüler des Rassenhygienikers Prof. Dr. Otmar Freiherr von Verschuer, der die KZ-Experimente an Sinti- und Romakindern seines Frankfurter Doktoranden Josef Mengele förderte, als er dort Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Institutes für Erbbiologie und Rassenhygiene" war. Von 1942 bis 1945 leitete Verschuer als Direktor das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik" in Berlin-Dahlem, von wo aus er dafür sorgte, dass unter anderem Gelder an seinen Assistenten Dr. med. et phil. Josef Mengele flossen, der im KZ Auschwitz mit Zwillingen „forschte". Der KZ-Arzt Mengele injizierte bei seinen Experimenten jeweils einem Kind Chemikalien oder Infektionskeime. Nach dessen Tod ermordete er den gesunden

Zwilling ebenfalls und schickte die Organe zur Untersuchung an Verschuer.

Eine der wenigen Überlebenden ist Eva Mozes Kor, die 1944 mit ihrer Zwillingsschwester Miriam nach Auschwitz verschleppt wurde. Sie berichtet über die brutale Trennung von Mutter und Geschwistern, die ermordet worden sind, und das furchtbare Leiden in den Baracken. Zwillinge zwischen einem und 13 Jahren waren dort untergebracht. „Ungefähr 1500 Zwillingspärchen wurden von Mengele für seine tödlichen Experimente eingesetzt", so Kor. Es werde geschätzt, dass weniger als 200 Personen überlebten. Viele der Opfer wissen nicht einmal genau, welche Experimente an ihnen gemacht wurden. Sie selbst wurde nach einer Injektion in Mengeles Labor sehr krank und wusste, dass ihr Tod auch das Todesurteil für ihre Schwester bedeutet hätte: „Ich kroch, weil ich nicht mehr laufen konnte. Ich wollte zu einem Wasserhahn am anderen Ende der Barakke. Dabei wurde ich immer wieder bewusstlos. Ich sagte mir immer wieder: Ich muss überleben. Ich muss überleben."

Bisher hatte sich die MPG nie ernsthaft bemüht, ihren ideologischen oder personellen braunen Ballast abzuwerfen. Im Gegenteil. 1995 verstarb der Völkerrechtler Prof. Dr. Fritz Münch. „In Dankbarkeit" nahm die „Max-Planck-Gesellschaft" mit einer Todesanzeige Abschied von dem „Rechtsgelehrten von hohem Rang". Münch, von 1952-1972 Mitglied der CDU, wurde 1970 Vizepräsident der mit dem neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) kooperierenden „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur". Im selben Jahr gründete Münch mit dem einstigen NS-Dichter und langjährigen DKEG-Präsidenten Herbert Böhme eine „Deutsche Bürgergemeinschaft". Nach einem Wahlkampfeinsatz für die CSU nahm Münch 1972 eine Bundestagskandidatur für die NPD an. Vier Jahre später nahm er mit dem Neonazi Erwin Schönborn auf einer „Reichsgründungsfeier" des „Arbeitskreises Völkischer Verbände", dem unter anderem die mittlerweile verbotene „Wiking-Jugend" angehörte, Kontakt auf. In der Zeitschrift „Mut" des ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten Bernhard-Christian Wintzek verkündete der Rechtsgelehrte und Völkerrechtler Münch noch im März 1984: „Wir müssen nicht nur die Ostverträge bestreiten, sondern auch zurückgreifen auf die Grenzen vom September 1939 und sogar an die Revision der Verträge von 1919 denken."

Eine Distanzierung der MPG fehlt auch zu Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Leiter der „Forschungsstelle für Humanethnologie" in der „Max-Planck-Gesellschaft", der als Referent bei der neurechten Denkfabrik „Grece" in Frankreich auftrat und Mitautor im „Jahrbuch" des „Freiheitlichen Bildungswerkes" der Haider-FPÖ war. Selbst zu dem Doktoranden am „Max-Planck-Institut für Festkörperforschung" in Stuttgart, Germar Rudolf, der in einem „Gutachten" 1993 beweisen wollte, dass es keine Judenvernichtung gegeben habe, fehlt eine klares Wort.

Es bedurfte einer von Markl eingesetzten Historiker-Kommission unter der Leitung der Professoren Reinhard Rürup (TU Berlin) und Wolfgang Schieder (Universität Köln), damit jetzt eine Entschuldigung überhaupt formuliert wurde. Die Professoren belegten jetzt, was in linken Publikationen wiederholt zu lesen war, nämlich dass „sich Wissenschaftler mehrerer Kaiser-Wilhelm-Institute jenseits aller moralischen Grenzen aktiv an der biologisch-rassistischen Politik im Nationalsozialismus beteiligt haben."

Anna Diegelmann

Vorsicht, Volksgenossin!

Als Nazi braucht man sich seiner Gesinnung nicht zu schämen, frau auch nicht. So scheint es zumindest an der Universität Hamburg, wo eine führende Neonaziaktivistin „geoutet" wurde und unversehens Rükkendeckung vom Fachschaftsrat Geschichte erhielt.

Inge Nottelmanns Karriere als Neonaziaktivistin ist hinlänglich bekannt. Erst DVU-Mitglied, dann „Interessentenbearbeiterin" bei der JN, Anmelderin mehrerer Aufmärsche in Hamburg für das „Aktionsbüro Norddeutschland" und nicht zuletzt Mitinitiatorin der „Mädelschar", der bundesweit organisierten Kaderschmiede für rechte Frauen. All diese Stationen gab sie auch selbst in der Frauenzeitschrift „Allegra" zum besten, nebst ihrer derzeitigen Tätigkeit als Geschichtsstudentin in Hamburg. Nottelmann behauptete, an der Uni wüßten Dozenten wie Kommilitonen um ihre Gesinnung und störten sich nicht daran, bis auf den einmal erfolgten Hinweis, „sie möge mit dem Ausdruck ‚Volksgenosse' doch vorsichtiger umgehen." Nicht mehr so vorsichtig mit der „Volksgenossin" umgehen mochten darauf die „Linksruck-Hochschulgruppe" sowie einige autonome AntifaschistInnen. Sie verteilten einige Wochen lang vor einer von Nottelmann besuchten Vorlesung Flugblätter mit ihrem Foto, einer kompletten Auflistung ihrer Aktivitäten sowie Begründungen der Notwendigkeit, führende rechte AktivistInnen zu „outen". Nottelmann selbst erschien darauf nicht mehr in der Vorlesung, sie verklagte lediglich die Universität wegen „mangelnder Sorgfaltspflicht" sowie die InitiatorInnen des ersten Flugblatts. Und um ihre Opferposition noch weiter zu festigen, beantragte die „Mutter der Kompanie" auch noch Personenschutz beim LKA. Zu recht, befanden indirekt KommilitonInnen und der Fachschaftsrat Geschichte: Die Aktion der Antifas sei eine „Menschenjagd" mit „Fahndungsplakaten" und politisch falsch, da sie auf einer „personifizierenden Ebene" stehenbleibe. Solange die Person sich nicht in der Vorlesung äußere und damit ihre Positionen zur Diskussion stelle, könne man sie nicht als Rechte angreifen. Diese Stellungnahme wurde dann sogleich lobend in einer Pressemitteilung des „Aktionsbüro Norddeutschland" erwähnt, ebenso wie ein involvierter Dozent, der verlauten ließ, er wolle „keine Selektion von Studenten" vornehmen. Überhaupt wurde mit holocaustrelativierenden Äußerungen in der Debatte nicht gespart: „Wie bei der Reichskristallnacht" habe er sich angesichts der antifaschistischen Aktion gefühlt, sagte ein älterer Student in einer vom Fachschaftsrat anberaumten Diskussion – und blieb unwidersprochen. Dagegen achteten die verfaßten HistorikerInnen sehr penibel auf die Begrifflichkeiten, als ihre Kritik in einem Artikel in der Wochenzeitschrift „Jungle World" in den gesellschaftlichen Diskurs über „guten" und „bösen" Antifaschismus eingebettet wurde: Sie beschwerten sich erst bei der Redaktion, dann beim Autor persönlich. Man betreibe doch selbst seit Jahren Antifaarbeit und wolle nicht in diesen Kontext gestellt werden.



Inge Nottelmann beim deutsch-niederländischen Naziaufmarsch in Würselen

Wesentlich gelassener als die studentische Basis ging die Universität selbst mit der Geschichte um: Keine strafrechtlich relevanten Inhalte im Flugblatt, also kein Grund einzuschreiten, ließ eine Pressesprecherin verlauten.

Frederik Wismar

Rechte Schülerinitiative

Mit einer Kampagne für „freie Meinungsbildung und -äußerung" versucht die NPD in Greifswalder Schulen Fuß zu fassen

Die so genannte „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung"(SI) ist erstmals im Februar diesen Jahres an der Greifswalder „Realschule Friedrich Engels" in Erscheinung getreten. Eine Lehrerin dieser Schule hatte vorgeschlagen, die Parteien der Bürgerschaft einzuladen, um gemeinsam mit den Schülern zu diskutieren. Einige Schüler äußerten, wenn Parteien eingeladen würden, sollte auch die NPD dabei sein, woraufhin die Lehrerin deutlich machte, dass sie mit Vertretern dieser Partei nicht diskutiere und diese auch an der Schule keinen Platz hätten. Die „Schülerinitiative" trat kurze Zeit später mit Forderungen auf wie der, "dass auch Personen jeglicher Parteien in die Schule eingeladen werden, um Themen zu diskutieren". Ob diese Auseinandersetzung tatsächlich Anlass für die Gründung der SI gewesen ist, ist noch nicht abschließend geklärt, ein Zusammenhang besteht aber und trägt zur Verunsicherung an der Schule bei.

Die NPD ist im Umfeld der Schule seit längerer Zeit aktiv. Der NPD-Kreisvorsitzende Maik Spiegelmacher hält sich häufig am Rande des Schulhofes auf, Info-Tische der NPD werden in unmittelbarer Nähe zur Schule durchgeführt. Spiegelmacher pflegte dabei gute Kontakte zu Carolin Beetz, die die Engels–Schule besucht und als Stellvertreterin der SI fungiert. Deren Vorsitzender ist Hannes Gerlach, der Bruder von Spiegelmachers Lebensgefährtin. Carolin Beetz wurde bei einer NPD-Kundgebung am 14. Januar diesen Jahres „für ihre vorbildliche Leistung beim Sammeln von Unterschriften gegen Ausländer" geehrt. Von der „Schülerinitiative" selbst wurden diverse Info-Tische und Flugblattaktionen vor verschiedenen Schulen der Stadt durchgeführt. Dabei war auch Axel Möller aus Stralsund anwesend. Möller war einer der Hauptredner auf einer NPD-Demo am 14. Januar diesen Jahres in Greifswald. Die SI trat am 2. Juni diesen Jahres als Organisatorin einer Demonstration mit dem Motto „Gegen die weitere Schließung unserer Schulen" auf, bei der 60-70 zumeist rechtsextreme Jugendliche aus Greifswald und Stralsund durch das Ostseeviertel marschierten. Bei der Kundgebung sprachen Hannes Gerlach und Robert Rupprecht aus Stralsund, der Vorsitzender des „Norddeutschen Jugendbundes" ist. Sie hetzten dabei vor allem gegen die Lehrer der Engels-Schule. Am Nachmittag desselben Tages veranstaltete die NPD ein Kinderfest im gleichen Wohnviertel, bei dem kostenlos Bratwurst und Cola verteilt wurden und zu dem etwa 150 Kinder kamen.



NPD-Kreisvorsitzender Spiegelmacher rekrutiert Schüler

Am 10. Juli diesen Jahres tauchte im „stoertebeker-net" ein Flugblatt der SI mit dem Titel „Gaskammern in Ravensbrück?" auf, das sich auf eine Exkursionsfahrt einer Klasse der Engels-Schule zur Gedenkstätte Ravensbrück bezieht und von Axel Möller unterzeichnet ist. In diesem Flugblatt lassen sich neben rechtsextremen Zahlenverfälschungen der Anzahl der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen auch Angriffe gegen die Geschichtslehrerin, die die Fahrt begleitete, finden. Gegen die Lehrerin, die sich an der Schule deutlich gegen die NPD äußerte, wird im „stoertebeker-net" seit längerem gehetzt. Dennoch sind Vertreter der SI vom Greifswalder Schulamt mehrfach zu Diskussionen eingeladen worden. Gleichzeitig wurden die Schulen vor der SI gewarnt, und es wurde bekannt, dass eine Reihe von Schülern für die SI unterschrieben haben, ohne zu wissen, worum es dabei geht. Das „Bürgerforum Freitagsrunde" - ein kommunales Gremium, das sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Aufgabe gemacht hat - initiierte ein Gespräch mit dem Schulamt. Doch die Schulamtsleiterin war auch auf Nachfragen hin nicht bereit, sich von den Gesprächen mit der SI zu distanzieren. Die „Freitagsrunde" erhielt aber immerhin die Zusage, dass es keine weitere Zusammenarbeit mit der SI geben solle. Ein Schulvertreter wird künftig an der Freitagsrunde teilnehmen.

Andreas Speit

"Wie langweilig, müd, seicht und unergiebig"

Christoph Schlingensief spürt es, Frank Castorf empfindet es und Peter Zadek und Elisabeth Schweeger fühlen mit. Die Regisseure und Intendanten sind sich sicher, dass mit Schlingensiefs "Hamlet-Projekt" Torsten Lemmer und seinen Mitarbeitern von "Creative Zeiten" eine "Perspektive außerhalb der rechtsradikalen Zusammenhänge" aufgezeigt wurde, die "den Ausstieg für sie lohnend macht".

Zwar offenbart sich immer mehr, dass der inszenierte Ausstieg im Züricher Schauspielhaus und auf der Berliner Volksbühne Inszenierung bleibt. Doch für die Nazi-Schauspieler-Aussteiger Lemmer, Jan Zobel, Jürgen Drenhaus, Tim Holtschneider und Melanie Dittmer dürfte sich die verbale Läuterung im Theater lohnen. Allerdings anders als Schlingensief inszeniert. Und ohne Einstieg in den Ausstieg.

Zusammen mit den Theaterkollegen fordert der Provokateur in Permanenz Bundesinnenminister Otto Schilly auf, Lemmers "weltgrößten Vertrieb für rechtsradikale Musik" "Creative Zeiten" zu kaufen. Oder, falls "dies rechtlich nicht möglich" sei, sollte Schilly einer "öffentlichen Institution den Kauf" nahelegen. Lemmer versprach bereits, seinen Musikversand für etwa 2 Millionen zu verkaufen. Aber der Innenmister würde nur noch eine Firmenhülle kaufen. Denn der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer der Düsseldorfer REP-Abspaltung „Freie Wählergemeinschaft" hat das Rechts-Rockunternehmen längst umstrukturiert.

Nach Recherchen des "Antifa-Koordinierungskreises Düsseldorf" löste Lemmer das Rechtsrock-Magazin "Rocknord" aus der Firma "Creative Zeiten" heraus und stellte es unter die alleinige Herausgeberschaft seines langjährigen Mitstreiter Andreas Zehnsdorfer. Zugleich gründete er die Firma "VGR Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH". Das Label "Funny Sounds" ging dafür überraschend pleite. Die neue Firma, die offiziell Lemmers Großvater der 81jährige Ludwig Moos und sein Ziehkind der 18jährige Holzschneider leiten, verfolgt die alten Unternehmensziele. Zweck der GmbH mit Sitz in Hilden soll "die Produktion und der Vertrieb von Tonträgern, Zeitschriften, Büchern (...) und das Management von Künstlern und Autoren" sein. Sein und Schein werden weiter aufgeführt. Lemmer und Zabel steigen aus ohne auszusteigen.

Schlingensiefs Schauspieler möchte aber mit dem Verkauf der Firmenhülle "Creative Zeiten" nicht nur zweifach Gewinn machen, sondern gleich dreifach. Von der Verkaufssumme verspricht Lemmer, die Hälfte für Aussteigerprojekte zu spenden und gründete sogleich den eigenen "Aussteiger"-Verein "Rein e.V.".

Schlingensiefs Drama wird zur Farce, und Hamlets Kommentar "wie langweilig, müd, seicht und unergiebig scheint mir all das Getue" Realität. Die "Naziline.com"en und spielen ihr eigenes Spiel. Wurden kritische Reflektionen zuvor als moralischer Rückstand der Geschichte abgetan - Innovativität und Provokation würde man nicht erkennen, noch zulassen - werden jetzt problematische Fakten übergangen. Die Instrumentalisierung seiner Inszenierung scheint Schlingensief beflissen zu ignorieren. Ein Statement verlor der sonst so Medienredselige bisher nicht.

Peter Conrady

Die Oberlausitz – ganz weit im Osten, gerade noch Deutschland.

So begann Ende letzten Jahres eine TV–Dokumentation über Rechtsextremisten in Ostsachsen und den mehr als fraglichen Umgang der zuständigen Behörden damit. Berichtet wurde u.a. über den Nationalen Jugendblock Zittau e.V., (NJB).

Daraufhin ging ein Ruck durch Zittau. Den Vorwurf einen neonationalsozialistischen Verein zu dulden und gar zu unterstützen, wollte niemand auf sich sitzen lassen. Als dann kurz darauf der Spiegel berichtete, "wie fahrlässig und gedankenlos die Stadt Zittau ihre Skins und Neonazis unterstützt" (Der Spiegel, 2/2001), war es endgültig klar: "Die Medien lügen" (OB Kloss, Sächsische Zeitung, 07.06.01)

Der NJB betreibt seit 1992 ein Haus in der Zittauer Innenstadt und gilt seither als das Sammel- und Integrationsbecken von Neonazis in Ostsachsen. Ziel und Zweck ist u.a. die Arbeit mit "national gesinnten" Jugendlichen. Immer wieder fielen Mitglieder und Sympathisanten durch rechtsextremistische Taten auf. So gab es schon 1991 massive Übergriffe auf Flüchtlinge in Zittau und 1999 waren NJB-Vertreter an einem Überfall auf eine Party von Homosexuellen beteiligt.

1992 wurde ein Neonazi bei einem Angriff auf Flüchtlinge tödlich verletzt. Seither gilt er als "Märtyrer" und jedes Jahr findet im Juli ein "Holger-Müller-Trauermarsch" statt.

Auf Unterstützung von vor Ort konnten sich die Nazis immer verlassen: Für das gesamte Haus zahlten sie eine symbolische Miete von 80,- DM an die städtische Wohnungsgesellschaft und selbst eine Sonnenwendfeier wurde gefördert.

Dies alles in dem Bewusstsein, dass selbst das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz den Verein seit Jahren als neonationalsozialistisch einstuft und ihm bescheinigt, wichtiges Bindeglied ostsächsischer Rechtsextremisten zu sein. Beim "Holger-Müller-Trauermarsch" nahmen 1999 z.B. der Neonaziführer Christian Worch sowie tschechische Blood & Honour-Mitglieder teil, im Jahr 2000 wurde der Marsch angeführt von dem Neonazi und NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt und Udo Hempel, dem Chef der Jungnationalen.

Dessen ungeachtet, dass eine Vielzahl der Vereinsmitglieder wegen einschlägigen Delikten vorbestraft ist, beschrieb OB Kloss die Ziele der Stadt Zittau so "Wir wollen nicht an die absolut Rechten herankommen. Wir müssen den orientierungslosen Jugendlichen, die in das Haus gehen, klar machen, dass sie da nicht hingehören." (Der Spiegel, 2/2001).

Da verwundert es nicht, dass sich die Neonazis jahrelang fast ungestört mit dem Ausbau ihrer Infrastruktur beschäftigen konnten. Traten Probleme auf, war Unterstützung durch die Stadt sicher. Seit 1992 nahmen Vertreter des NJB regelmässig an Gesprächskreisen, Podien u.ä. teil und wurden somit als scheinbar demokratische Gesprächspartner toleriert und hofiert.

Noch im September 2000 sicherte OB Kloss, während eines Podiums "Was tun gegen rechts" den anwesenden NJB-Vertretern öffentlich seine Unterstützung zu. Anfang Mai nun änderte OB Kloss seine Einstellung. Nicht länger sei er bereit, eine Vereinsarbeit zu dulden, "die sich offensichtlich nicht an demokratische Spielregeln hält" (Sächsische Zeitung, 9.5.2001) Dem NJB wurde zum 31. Juli gekündigt.



Holger-Müller-Trauermarsch Juli 1997. Links mit schwarzem Binder Holger Zimmermann, damals NPD KV Vorsitzender Löbau/Zittau, Mitte Udo Hempel aus Niesky, Chef des Jungnationalen Spektrums JNS

Umgehend drohten die Nazis, für das "weitere Handeln einzelner Personen keine Verantwortung" zu übernehmen. (Sächsische Zeitung, 11.5.2001)

Selbst unter diesen Umständen ist den Neonazis vom NJB prominente Unterstützung gewiss.

Der Vize-Landrat Schweinert forderte Ende Juli, die Kündigungsfrist zu verlängern. "Man müsse sich fragen, ob dies notwendig war." (Sächsische Zeitung, 25.7.2001) Der 2. Bürgermeister äusserte Verständnis, dass die Suche nach einem neuen Domizil schwierig verläuft. Niemand möchte so einen Verein in seiner Nachbarschaft. Grund sei weniger, dass es eine "aktive neonationalsozialistische Organisation" sei, als vielmehr "befürchtete gewalttätige Reaktionen linker Gruppen". (ebenda) Man dürfe nicht zulassen, dass die Jugendlichen "auf der Straße herumlungern" (ebenda)

Auch der neugewählte Oberbürgermeister Zittaus, Voigt, hilft, wo er kann. In Gesprächen zwischen ihm, dem Landratsamt und den Neonazis vom NJB wurde erreicht, dass der NJB bis zum 31. Oktober "geduldet" wird. Voigts Ziel ist die Sanierung des Hauses. Dies sei die "derzeit beste Lösung für die Stadt Zittau" (Sächsische Zeitung, 17.08. 2001). Auch hält er es für denkbar, das Gebäude als "Standort für den Nationalen Jugendblock zu belassen" (ebenda). Bedingung soll sein, dass das Haus "künftig ein offenes Jugendhaus unter der Regie des NJB" sei sowie dass davon "keine rechtsextremistischen Aktivitäten mehr ausgehen" (ebenda).

Solch eine "rechtsextremistische Aktivität", die u.a. vom NJB mitorganisiert wurde, fand erst Anfang Juli statt. Bei einer Sommersonnwendfeier und dem diesjährigen Holger-Müller-Trauermarsch demonstrierte der NJB erneut, ein wichtiges rechtsextremistisches Sammelbecken in der Oberlausitz zu sein.

NS-Satanisten begehen Mord

Mit 66 Machetenhieben und Hammerschlägen haben die beiden Satanisten Daniel und Manuela Ruda einen Bekannten ermordet. Die verstümmelte Leiche wurde am 9. Juli diesen Jahres in deren gemeinsamer Wittener Wohnung gefunden. Der 25-Jährige und seine 22-Jährige Ehefrau flohen nach dem Mord quer durch die Bundesrepublik und wurden am 12. Juli in Jena gestellt. In der Wohnung der Rudas wurden neben satanistischen Devotionalien auch Musik-CDs aus der NS-Black-Metal-Szene, SS-Runen und eine „Feindliste" gefunden. Auf dieser ist außer 15 anderen Personen auch die Mutter des von Satanisten 1993 ermordeten Sandro Beyer verzeichnet. Zu den Mördern Beyers gehört der in die USA geflüchtete Hendrik Möbus. Die Rudas wurden während ihrer Flucht u.a. in Sondershausen und Apolda gesichtet. In Apolda betreibt der Bruder von Möbus, Ronald Möbus, das NS-Black-Metal-Label „Darker than black".

Deckert kandidiert für Oberbürgermeisterposten

Der ehemalige NPD-Vorsitzende Günter Deckert hat sich als Kandidat für die Nürnberger Oberbürgermeisterwahlen aufstellen lassen. Bei der Wahl am 3. März 2002 wird er für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" antreten. Diese steht in enger Verbindung zur Nürnberger NPD.

Deckert hat bis vor einem Jahr eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung verbüßt. Mitte der 90er Jahre hatte er an der Spitze der NPD gestanden. Momentan studiert der 61-Jährige an der Universität Heidelberg Jura.

REP: Streit spitzt sich zu

Schon nach dem Misserfolg bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wurde der Schwarze Peter zwischen dem Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und dem Landeschef Christian Käs hin und her geschoben. Daran änderte auch der Landesparteitag der REP in Leinfelden nichts. Zwar konnte der um ein Biedermann-Image bemühte Schlierer seine Schwester Sabine Johnson, den Bundeswehrhauptmann Herbert Bastl und die Ex-Landtagsabgeordneten Ulrich Deuschle und Karl-August Schaal als stellvertretende Landesvorsitzende installieren, doch auch der zum radikaleren Flügel tendierende Rechtsanwalt Christian Käs wurde für weitere zwei Jahre zum Landesvorsitzenden wiedergewählt.

Die Auseinandersetzungen während des Landesparteitages drehten sich in erster Linie um die Gründe für die Wahlniederlage im Frühjahr. Schlierer hatte auf einen Wahlkampf im Stile des österreichischen FPÖ-Chefs Jörg Haider gesetzt und dessen Werbe-Fachmann Horst Grimm engagiert. Obwohl dessen Versuch, die „Republikaner" mit Plüschlöwen und der Forderung nach einem Familiengeld erneut in den Landtag zu hieven, scheiterte, will Schlierer am eingeschlagenen Kurs festhalten. Sein Widersacher Käs sieht die Perspektive der REP dagegegen in einer Öffnung nach rechts und bei den „Protestthemen" Ausländer, Islam und Moscheen. Für „liberale Windelgesänge" sei er nicht zu haben. Vergeblich versuchte er, den bisher geltenden Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber NPD und anderen Neofaschisten zu unterlaufen. Sein Antrag, künftig „jeden Deutschen" als Mitglied aufzunehmen, wurde nicht behandelt.

Schnell verlagerte sich die Auseinandersetzung auf eine eher persönliche Ebene: Veruntreuung von Parteigeldern, Faulheit und Lüge warfen sich die Kontrahenten gegenseitig vor. Die stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Winkelsett forderte vom Landesverband 280.000 Mark zurück und lastete Käs auch an, dass der mittlerweile aus der Partei ausgetretene Landesschatzmeister Nikolaus Holzner rückwirkend für zwölf Jahre 17.000 Mark für das Lagern von Parteimaterialien bezogen habe.

Schon im Vorfeld des Parteitages hatte die Schlammschlacht begonnen. In einer anonymen Anzeige wurde REP-Landesfunktionären vorgeworfen, Spendengelder veruntreut zu haben. Käs sah darin einen unbegründeten „Racheakt". Hinter vorgehaltener Hand wird die Anzeige Alfred Dagenbach angelastet, der derzeit vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung als REP-Landesgeschäftsführer klagt.

Der Landesparteitag der REP - so die Südwest Presse - reduzierte sich über weite Strecken auf die Erörterung der Frage, wer „die Hand aufgehalten", wer wieviel Aufwandsentschädigung zu Recht oder Unrecht erhalten und wer wen warum verleumdet habe. „Erstaunlich für eine Partei, deren Protagonisten unablässig das Wort vom 'anständigen Deutschen' im Munde führen", faßt der Kommentator zusammen.

Andreas Speit

Verschillter Wahlkampf

Hamburgs Parteien auf Rechtskurs

Hamburg ist ein gefährliches Pflaster. Wer sein leibliches Wohl schützen will, sollte die Stadt an der Elbe meiden. Vor allem den Hauptbahnhof, das Schanzenviertel, St. Georg oder St. Pauli sollten Sie umgehen. Denn dort könnten Sie ausgeraubt, angefixt oder erschossen werden. Glauben Sie nicht? Lesen Sie die Hamburger Presse, oder lauschen Sie den Hanseatischen Politikern. Das große Wahlkampfthema für die Bürgerschafts- und Bezirkswahlen 2001 steht fest: „Innere Sicherheit". Bereits vor den Wahlen am 23. September diesen Jahres diktiert Ronald Barnabas Schill mit seinen Law-and-Order-Parolen die „Innenpolitik".

Nachdem die „Partei Rechtsstaatliche Offensive" (Schill-Partei) ihre Kandidatur angekündigt hatte, sprach der CDU-Fraktionsvorsitzende Ole von Beust gleich ein Koalitionsangebot aus und gelobte, „wir schaffen Sicherheit". Mittlerweile verspricht der neue SPD-Innensenator Olaf Scholz, auch bei „der Kriminalitätsbekämpfung härter durchzugreifen". Seit Monaten hatte die Springer-Presse fast täglich vor der „Ausdehnung des Drogenhandels", dem „Abzocken unter Jugendlichen" und der „gestiegenen Ausländerkriminalität" gewarnt und über die angebliche Unfähigkeit des rot-grünen Senats geklagt. Nicht ohne Konsequenzen: Im Mai diesen Jahres trat Innensenator Hartmuth Wrocklage zurück. Und einen Monat später ergab eine Umfrage, dass 59 Prozent der Hamburger der Bekämpfung von Kriminalität höchste Priorität einräumten. Im November vorigen Jahres sorgten sich im Vergleich dazu laut Infratest „nur" 34 Prozent der Befragten um die Verbrechensbekämpfung.



Mit Law-and-order-Parolen betreibt Schill den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf

Doch Scholz redet längst nicht nur in Schill-Diktion, wenn er bekundet, „Akzente gegen die Zunahme von Raubtaten junger Männer" und „Intensivdealer" zu setzten, er „schillt" auch beim Handeln, indem er den Einsatz von Brechmitteln gegen „Intensivdealer" durchsetzte und den Polizei- und Justizapparat aufstockte. Alles mit Zustimmung des grünen Regierungspartners.

Trotz der „verschillten" Innenpolitik, die die Ethnisierung und Kriminologisierung sozialer und ökonomischer Probleme forciert, bleibt Schill gelassen. „Der SPD traut der rechtschaffende Bürger nicht mehr zu durchzugreifen" meint er und betont: „Wir treiben rot-grün vor uns her". Die Umfragen und der Mitgliederzuwachs scheinen den Rechts-Exzentriker zu bestätigen. Voraussichtlich wird die Schill-Partei mit neun Prozent in die Bürgerschaft ziehen. Nach eigenen Angaben hat sie über 1.000 Mitglieder gewinnen können. Bei diesem Aufwind träumt Schill schon von einem bundespolitischen Engagement für Recht und Ordnung.

Die Law-and-Order-Parolen des „Aufstands der Anständigen" beschleunigen indes die Rechtsentwicklung und bremsen nicht die Rechtsextremen oder Neofaschisten. Bereits bei der Bürgerschaftswahl 1997 führte das Anrufen des autoritären Charakters nicht dazu, der extremen Rechten Wähler abspenstig zu machen: Rechte bis neofaschistische Parteien gewannen insgesamt acht Prozent. Die Sozialdemokratie erhielt 36,2 Prozent – ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1945.

Hans Daniel

Es „miegelt“ in deutschen Landen

Eine nicht nur weiß-blaue Geschichte

„Agnes Miegel – 1879-1964 Lyrikerin, Balladendichterin“, erläutert ein Hinweisschild im Erlanger Literatinnenviertel Frauenaurach, nach welcher Person dort eine der Straßen benannt ist – die auch in Zukunft so heißen soll. Ein Vorstoß der Fraktion der „Grünen Liste“ in der mittelfränkischen Kreisstadt, doch endlich den Namen dieser Frau aus dem Straßenbild verschwinden zu lassen, wurde Ende Juni diesen Jahres mit Mehrheit abgeschmettert. Die „Mutter Ostpreußens“, die so „einfühlsame Gedichte“ auf Hitler geschrieben hat, wie: „Unsere Herzen, hart von Not und Krieg, hat mit seinen glühenden, glaubensvollen Worten ER durchpflügt wie Ackerschollen, bis ein neuer Frühling in uns stieg“, bleibt den Erlangern erhalten. Der Vorschlag, die Straße nach der jüdischen Wissenschaftlerin Lili Bechmann-Rahn zu benennen, der während der Jahre des Faschismus von der Philosophischen Fakultät Erlangens der Doktortitel aberkannt worden war, fand keine Gnade. „Unpraktisch, ideologisch falsch und teuer“, befanden die Ortsbeiratsmitglieder.

Die Erlanger Entscheidung als Ortsposse, als weiß-blaue Geschichte zu betrachten, greift aus vielerlei Gründen zu kurz. Denn Prosa und Lyrik der in den Jahren der faschistischen Herrschaft von den Machthabern hochgefeierten Agnes Miegel ließen mit ihren „Elementen einer mythologisierenden Blut- und Boden-Romantik“ eine „Affinität zu nationalsozialistischen Ideen erkennen“, schreibt Fischers „Biographisches Lexikon zum Dritten Reich“ recht zurückhaltend. Für die Nationalsozialisten sei es „ein Gewinn“ gewesen, „diese seit über dreißig Jahren etablierte und bekannte Heimatdichterin in der ‚Deutschen Akademie‘ als Aushängeschild präsentieren zu können“.

Die Wesensverwandtschaft zu nationalsozialistischen Ideen wurde bereits 1933 mit der Berufung Miegels in die „Deutsche Akademie der Dichtung“ belohnt. Da waren zwölf Plätze durch die erste Säuberung frei geworden (Ricarda Huch gehörte zu den Ausgeschlossenen; im Erlanger Literatinnenviertel gibt es – welche Ausgewogenheit! – eine nach ihr benannte Straße in unmittelbarer Nähe zur Miegel-Straße). 1936 begründete die NS-Kulturgemeinde eine Stiftung zur alljährlichen Verleihung einer „Agnes-Miegel-Plakette“; 1938 erhielt die braune Bardin die „Ehrenplakette der Hitlerjugend“ und 1940 folgte der Goethepreis der Stadt Frankfurt, den Miegel mit dem Eintritt in die NSDAP quittierte.

Nachdem als Folge des von Deutschland geführten Raub- und Vernichtungskrieges das von ihr so oft besungene „Land der dunklen Wälder“ 1945 polnisches und sowjetisches Staatsgebiet wurde, rührte sie die Trommel in den revanchistischen Landsmannschaften. Mit mehreren Exklusivbeiträgen war sie auch in der neofaschistischen „Nation & Europa“ präsent. Das „Deutsche Soldatenjahrbuch“ aus dem von dem ehemaligen NSDAP-Kreisleiter Helmut Damerau gegründeten „Schildverlag“ feierte sie darum auch 1964 zum 85. Geburtstag als „Deutschlands größte lebende Schriftstellerin“, die „mit jeder Faser ihres Seins in ihrer Heimat Ostpreußen wurzelnd“, „Geschichte und Landschaft, Schicksal und Menschentum dieses kerndeutschen Landes in wundersam leuchtenden Farben meisterhaft zu gestalten gewusst“ habe. Sie war, wusste der Chronist schwelgerisch mitzuteilen, als „Tochter dieses wehrhaften Grenzlandes auch mit Generationen deutscher Soldaten verbunden“. Zum Beleg gab es das Gedicht „Die Mutter“. Dies verkündete, „dass wir stolz auf euch sind“, auf die das Kriegshandwerk ausübenden Söhne. Zum 80. Geburtstag war ihr übrigens 1959 schon durch den Freistaat Bayern der Literaturpreis der „Bayerischen Akademie der schönen Künste“ überreicht worden.


Agnes Miegel

Eine „Agnes-Miegel-Plakette“ gibt es immer noch. Verliehen wird sie von dem in Münster ansässigen „Agnes-Miegel-Kuratorium“. Die im Dunstkreis der „Landsmannschaft Ostpreußen“ beheimatete „Agnes-Miegel-Gesellschaft“ veranstaltet regelmäßige „Agnes-Miegel-Tage“ und ihre letzte Wohnstätte im niedersächsischen Bad Nenndorf – hier ist sie Ehrenbürgerin – ist heute als „Agnes-Miegel-Haus“ eine Gedenkstätte. Die mittlerweile aufgelöste deutsche Sektion des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ richtete im Februar diesen Jahres im „Collegium Humanum“ in Vlotho ein Seminar mit dem Schwerpunkt „Agnes Miegel und der Ordensstaat“ aus. Zu den Gründungsvätern des Bundes zählt Walter Gmelin, einer der Vollstrecker des faschistischen Programms zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in der Heilanstalt Waiblingen in Baden-Württemberg. Und was das „Collegium Humanum“ angeht: Hier tagten, nach Angaben des „Handbuchs Deutscher Rechtsextremismus“ auch schon der „Bund Heimattreuer Jugend“, der „Bund der Goden“ oder das „Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstages Adolf Hitlers“. Der Miegel-Ehrung ist also eine gewisse Kontinuität nicht abzusprechen.

Für das Hertener „Aktionsbündnis gegen Neofaschismus“ Anlass genug, eine Umbenennung der dortigen Agnes-Miegel-Straße zu fordern. Sie soll nach der 1996 verstorbenen russischen Zwangsarbeiterin Maria Laskowski benannt werden: Die musste in den Jahren 1943 bis 1945 auf dem Weg zur Fron in der Zeche „Schlägel und Eisen“ täglich vom Lager über die heutige Agnes-Miegel-Straße.

Nach Agnes Miegel benannte Schulen gibt es unter anderem in Düsseldorf, Osnabrück und im niederrheinischen Willich-Schiefbahn. Entsprechende Straßen sind zu finden in Bergheim, Bielefeld, Bergisch-Gladbach, Bottrop, Detmold, Goslar, Ludwigsburg und in weiteren Städten. Auch in Bremen-Habenhausen. Hier ist sie in engster Nachbarschaft zu Erich Kästner und Bert Brecht zu finden. Deren Werke wurden im Mai 1933 als „undeutsch“ verbrannt – ziemlich zur gleichen Zeit, als Agnes Miegel ihren Platz in der „Deutschen Akademie der Dichtung“ einnahm.

Carl-Diem-Weg umbenannt

In der Stadt Düren wurde ein nach dem früheren NS-Sportfunktionär und späteren Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln, Carl Diem, benannter Weg umbenannt. Ein von dem Stadtrat der PDS-Offenen Liste vorgelegtes Gutachten zu Diems Verhalten während des Naziregimes führte zur einstimmig beschlossenen Umbenennung.

Neuen Auftrieb hatten die Proteste gegen die Ehrung Diems durch das Buch „Der Sportführer - Die Legende um Carl Diem“ erhalten. Enthüllt wird darin, dass Diem wesentlich zur ideologischen Unterstützung und Festigung des NS-Regimes beigetragen habe. Der Organisator der Olympischen Spiele 1936 hatte z.B. 1939 die Errichtung eines „Großdeutschen Olympia“ gefordert, als einer "ewigen Feier zur Wiederaufrichtung des Großdeutschen Reiches“, an der nur teilnehmen sollte, wer „deutschen Blutes sei“.

Schon 1996 kam ein von der Stadt Meerbusch in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss, dass „Diem als ein Mann eingestuft werden (muss), der beruflich in die Machenschaften des NS-Regimes tief 'verstrickt' war, sich aufgrund seiner mannigfachen organisatorischen und publizistischen Aktivitäten über das erforderliche Maß hinaus zur Verfügung gestellt und somit zur inneren Stabilität und zur äußeren Repräsentation des NS-Regimes beigetragen hat.“ Zusammenfassend hieß es weiter, „dass Diem sein keinesfalls den Wertvorstellungen unserer demokratischen Gesellschaft entsprechendes Gedankengut auf 'menschenverachtende' Weise im Zweiten Weltkrieg im Sinne der großdeutsch-hegemonialen Ziele der damaligen Machthaber zugespitzt und übersteigert, verbreitet und instrumentalisiert hat, um so eine junge, begeisterungsfähige Generation zum totalen Kriegseinsatz zu verführen“.

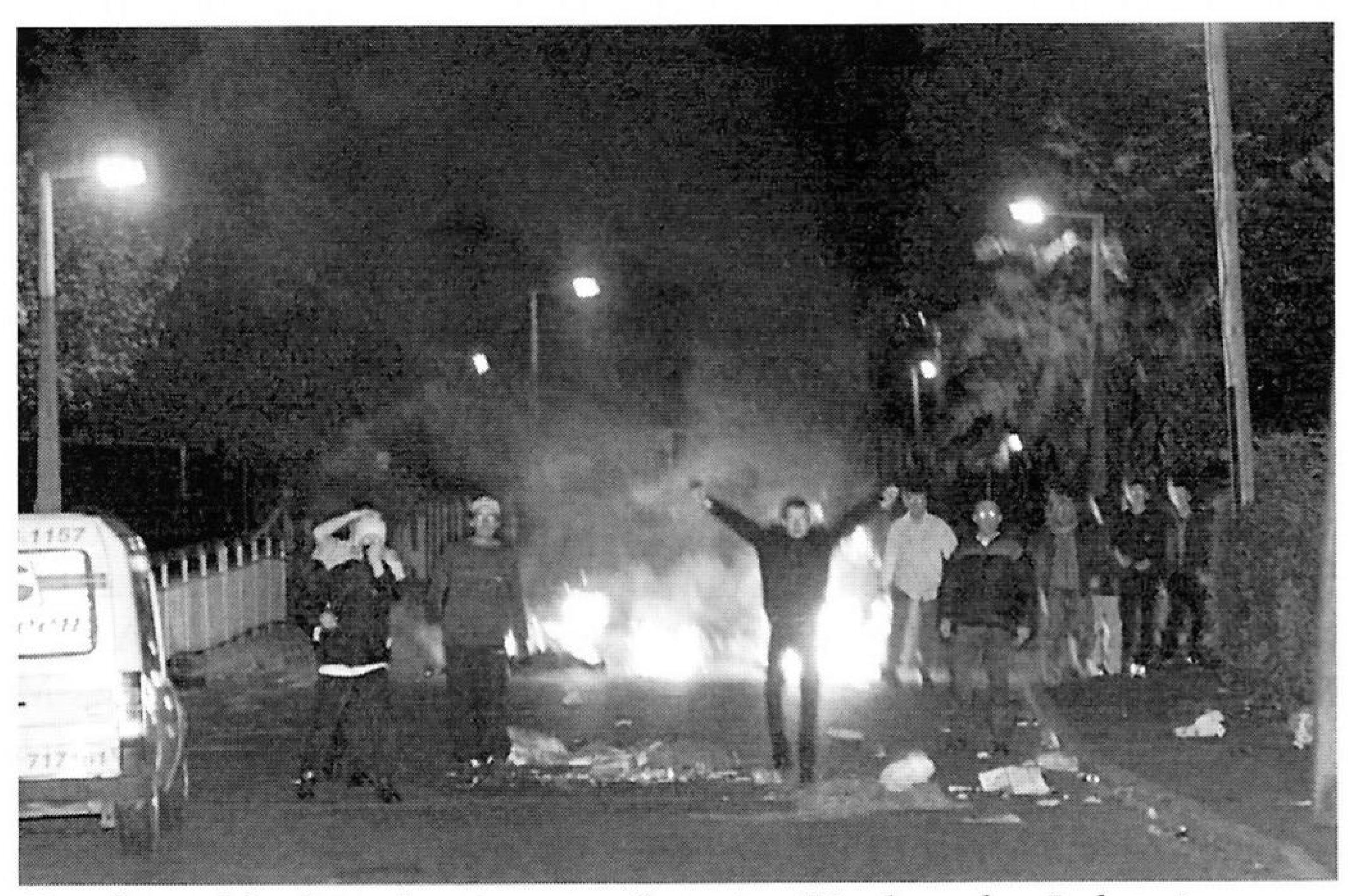
Die neuen Veröffentlichungen haben jetzt dazu geführt, dass auch der Deutsche Leichtathletik-Verband und der Deutsche Sportbund nach Diem benannte Ehrenzeichen umbenennen will. Initiativen zu Straßenumbenennungen haben sich mittlerweile in zahlreichen Städten der Bundesrepublik gebildet.

Graeme Atkinson*

Oldham/Bradford – Ein Bericht

Die einstigen Industriestädte Nordenglands erlebten einen traurigen Sommer. Über 28 Tage bestimmten Ausschreitungen und Straßenschlachten das Leben in Oldham, Burnley und Bradford. Schnell berichtete die britische Presse von "Rassenunruhen" und die internationale Medien meldeten ebenso unter dem Schlagwort über "Zusammenstöße von asiatischen Jugendlichen und der Polizei". Über den ursächlichen Anlass, die Aktionen der Nazipartei Britisch National Party (BNP) und der etwas kleineren Nazipartei National Front (NF) berichteten die Medien nur zögerlich.

Über sieben Wochen lang hatten neofaschistische Gangs die asiatische Community in Oldham angegriffen. Die Neonazis versuchten Häuser zu zerstören, schmissen Fenster ein und beschädigten Autos. Nachdem sie eine schwangere Frau im Stadtteil Glodwick verprügelten, wehrten sich die asiatischen Jugendlichen und schlugen zurück. Als die Polizei in der Nacht des 26. Mai einschritt, richtete sich der militante Widerstand gegen die Beamten. Sie personifizierten den "rassistischen Alltag". In den Medien wurden diese Auseinandersetzungen als eine Bestrebung "der Asiaten" dargestellt, ihre ghettoisierten Wohnviertel in sogenannte "No Go Areas" für Weiße zu verwandeln. Als Beleg für die Behauptung diente den Journalisten allerdings eine Lüge. Presse und Fernsehen berichteten über Walter Chamberlain einen 76jährigen weißen, ehemaligen Soldaten den "eine kriminellen Gang asiatischer Jugendlicher" angegriffen hätte. Nur das vermeintliche Opfer war kein Opfer. Öffentlich bezeichnete die Familie die Fernsehberichte als "rassistische Lüge".



Straßenschlachten bestimmten fast vier Wochen das Leben in Oldham, Burnley und Bradford

Was in Oldham geschah und wie darüber berichtet wurde, ermutigte die organisierten Rassisten und Neonazis im nahegelegenen Burnley. Sie griffen die dortigen Bangladeschi und Pakistani Communities an. Auch in Bradford forcierten die Neonazis die Auseinandersetzungen. In der Stadt mit einer der höchsten asiatischen Populationen in England sprach BNP Führer Nick Griffin, verurteilt wegen der Leugnung des Holocaust, auf einer Veranstaltung zu der 150 Menschen erschienen waren. Tags darauf wollte die NF durch die Innenstadt marschieren. 2000 Antifaschisten versuchten den Aufmarsch zu verhindern. Unter dem Schutz der Polizei konnte jedoch eine Gruppe von Neonazis, angeführt von dem Mitglied der Nazi-Terror Gruppe Combat 18, David Appleyard, einen asiatischen Jugendlichen bewußtlos schlagen. Das Verhalten der Polizei führte am Abend zu massiven Unruhen.

Die Stimmung spiegelte sich auch im Juni bei den Wahlen wieder: In Oldham erhielten die Neonazis über 11.000 Stimmen und in Burnley über 4.000 Stimmen.

Das Versagen der Polizei, die asiatische Bevölkerung vor Rassisten und Nazis zu beschützen, war kein Thema in dem Medien. Die Opfer von rassistischer und sozialer Diskriminierung erschienen stattdessen als Täter. Die Aktionen der BNP und FN, unterstützt von rassistischen Hooligans, verschwanden aus der öffentlichen Wahrnehmung. Die Neonazis feiern die Tage als Erfolg. Aber mit der Verdrehung von Ursache und Wirkung, von Tätern und Opfern werden auch die gesellschaftlichen Ursachen ausgeblendet. Über die soziale Deklassierungen der asiatischen Community berichteten die Medien nicht.

Die Labour-Regierung, welche die Deutsche SPD-Führung so bewundert, hielt es nicht für nötig, einen Repräsentanten zu dem Ort des Geschehens zu entsenden und mit den Betroffenen zu reden. Im Gegenteil: Statt die Armut zu bekämpfen, greifen die Sozialdemokraten die Armen mit Wasserwerfern und Tränengas an.

Es dürfte Jahre dauern, bis das von Medien, Politik und Neonazis zerstörte Vertrauen zwischen den "asiatischen" und "weißen" Anwohnern in den Städten wieder wächst.

Die Antifaschistische Bewegung in England kann eine wichtige Rolle spielen bei der Abwehr der sichtbaren Aktivitäten der BNP und der FN, aber nur wenn man den Kampf da austrägt, wo er am härtesten ist, in der "weißen" Arbeiterschaft, wo Rassismus seit Jahren ungestört gärt.

** Graeme Atkinson ist Mitherausgeber des internationalen Antifa-Magazins „Searchlight"*

Härtere Mittel gegen Neofaschismus

Wenige Stunden nach der Ankündigung des tschechischen Innenministers Stanislav Gross, Rechtsextremismus künftig stärker zu bekämpfen, hat die Polizei ein Treffen von Neofaschisten am 4. August diesen Jahres aufgelöst. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. In dem Restaurant im Norden Prags hatten ca. 40 Neofaschisten mit rechtsextremer Musik gefeiert.

Das tschechische Innenministerium will ab sofort nachrichtendienstliche Mittel wie Lauschangriffe gegen die rechtsextreme Szene einsetzen. Neofaschisten, die offensichtlich zu Konzerten rechtsextremer Bands anreisen, soll die Einreise bereits an der Grenze verwehrt werden. Die rechtsextreme Skinhead-Szene in Tschechien habe starken Zulauf, gerade unter Jugendlichen. Nach Angaben des Innenministeriums habe auch die Zahl rechter Straftaten zugenommen. Kürzlich war ein 30-Jähriger Roma von einem einschlägig vorbestraften Nazi-Skinhead getötet worden. Diesem drohen jetzt bis zu 15 Jahre Haft.

Mégret kandidiert für Präsidentschaftswahl

Der Vorsitzende des rechtsextremen "Mouvement National Républican"(MNR), Bruno Mégret, hat angekündigt, als Kandidat zu den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2002 anzutreten. Zum hauptsächlichen Wahlkampagnenthema wurde vom MNR die "Innere Sicherheit" erkoren. Unter diesem Motto steht auch die diesjährige Sommeruniversität des MNR vom 31. August bis zum 2. September. Diese findet in Périgueux mit dem Titel "Mettons de L'ordre en France" - "Bringen wir Ordnung in Frankreich hinein" - statt. Jean-Marie Le Pen vom "Front National" hat ebenfalls seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen angekündigt.

Assad erhält Staatsempfang

Der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad ist von der Bundesregierung als Staatsgast empfangen worden. Gegen Assads Empfang am 10./11. Juli diesen Jahres hatten Vertreter des „Zentralrats der Juden in Deutschland" und anderer Organisationen protestiert. Assad hatte bei einem Papst-Besuch Juden des „Verrats an Jesus" beschuldigt und erklärt, in Israel existiere „eine rassistischere Gesellschaft als im Nationalsozialismus". Außerdem behauptet Assad, dass der NS-Massenmörder Alois Brunner entgegen anderslautender Recherchеergebnisse nicht in Syrien untergetaucht sei. Brunner ist in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Die Bundesregierung sagte Assad Unterstützung für seinen „politischen und wirtschaftlichen Reformkurs" zu. In Syrien gelten seit 1963 Notstandsgesetze, Folter und Todesstrafe werden weiter angewendet.

Cornelia Kerth

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.

Innenminister Schily und Michel Friedmann waren sich einig wie selten: der zweite Bericht über Deutschland der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) habe mit der Realität in der Bundesrepublik nichts zu tun! Wer diesen Bericht verfasst habe, kenne dieses Land nicht, wurde Friedmann zitiert. Was genau im Bericht steht und was daran so empörend ist, konnte man der Presse nicht entnehmen. Den Bericht gibt es im Internet, über die Gründe für die harsche Reaktion darf man sich seine Gedanken machen.

ECRI ist ein Organ des Europarates, das u. a. „die Situation in Bezug auf Rassismus und Intoleranz in jedem Mitgliedsstaat des Europarates analysiert und Vorschläge zur Lösung der aufgezeigten Probleme unterbreitet". Im März 1998 wurde der erste Bericht über Deutschland veröffentlicht, „Ziel des zweiten Berichts ist die Weiterverfolgung der Vorschläge ..., die Aktualisierung ... sowie eine tiefgreifendere Analyse einiger Themen, die in dem betreffenden Land von besonderem Interesse sind." Zur Arbeitsweise von ECRI gehört „der vertrauliche Dialog mit den nationalen Behörden" ebenso wie der Kontakt mit Nicht-Regierungsorganisationen des betreffenden Landes. Im Fall des zweiten Berichts über Deutschland „ersuchten die deutschen Regierungsbehörden explizit, ... Beobachtungen von Seiten der deutschen Behörden als Anhang in den Bericht von ECRI aufzunehmen", was in Form eines Anhangs geschehen ist.

Insgesamt werden 37 Punkte zur rechtlichen, sozialen und politischen Situation von MigrantInnen, Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland und 17 Punkte zur „Herausforderung der Integration" und über „Rassistische und antisemitische Gewalt und Belästigung" als Fragen von besonderem Interesse aufgeführt. Eine Reihe von Punkten bewerten aus Sicht der Kommission Positives.

Wer die Situation in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt und sich an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Ursachen und notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus beteiligt, der weiß, daß einer Positivliste durchaus ein gewisses Wohlwollen zugrunde liegen muß. Dies hindert die Kommission jedoch keineswegs daran, **Kritik und Empfehlungen**[1] zu formulieren.

•ECRI fordert Deutschland auf, das Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung der Wanderarbeiter zu ratifizieren und die Revidierte Europäische Sozialcharta und das Europäische Übereinkommen über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

•ECRI wiederholt die Empfehlung aus dem ersten Bericht, dass Deutschland eine Erklärung unter Artikel 14 des Übereinkommens zur Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung abgeben sollte, in der die Befugnis des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) zur Prüfung von Individualbeschwerden anerkannt wird.

•ECRI fordert Deutschland auf, seine Haltung zum Erwerb der doppelten Staatsangehörigkeit zu überdenken und verweist darauf, daß ein solcher Ansatz ... in Einklang mit dem Europäischen Übereinkommen zur Staatsangehörigkeit steht. Weiterhin ist ECRI der Auffassung, dass öffentliche Amtsträger sich bemühen sollten, das Thema in der Öffentlichkeit zu entdramatisieren.



•Bei aller Anerkennung der Rolle, die die Ausländerbeauftagten des Bundes und der Länder spielen, stellt ECRI mit Bedauern fest, daß es in Deutschland derzeit auf nationaler Ebene immer noch keine Kommission oder einen Bürgerbeauftragten gibt, die in der Lage wären, Einzelbeschwerden entgegenzunehmen.

•Zur Lage der Nichtstaatsangehörigen wird insbesondere beklagt, dass die Anforderungen für den Erhalt eines Visums für diejenigen, die Deutschland besuchen möchten[2], in einigen Auslandsvertretungen ein ernsthaftes Problem zu sein scheinen, dass die Zusammenführung mit einem Ehepartner von dessen Aufenthaltsstatus abhängig ist und dass nach dem deutschen Gesetz Jugendliche, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, aus Deutschland ausgewiesen werden können, wenn sie eine Straftat begehen und zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren verurteilt werden. ECRI verweist in diesem Zusammenhang auf die internationalen Normen bezüglich der Achtung des Privat- und Familienlebens. Außerdem erneuert ECRI seinen Vorschlag, langfristig ansässige Nichtstaatsangehörige besser in die Gesellschaft zu integrieren und sie an ihr zu beteiligen, indem ihnen einige politische Rechte wie das Wahlrecht bei Kommunalwahlen zugestanden werden.

•ECRI ist besorgt über Berichte von Ausweisungen von Menschen, die Gefahr laufen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen in ihrem Herkunftsland zu werden und benennt hier besonders Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo, die zwangsweise abgeschoben werden. Der Bericht enthält deutliche Kritik am Flughafenverfahren und den entsprechenden Vorfeldkontrollen, die an einigen deutschen Flughäfen durchgeführt werden. Die Dauer des Asylverfahrens und die schlechten Lebensbedingungen der Asylbewerber während dieser Zeit sind für ECRI Anlaß zur Besorgnis. Besonders werden hier der extrem eingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt und das Asylbewerberleistungsgesetz angesprochen. In diesem Zusammenhang hebt ECRI hervor, dass solche ärmlichen Bedingungen Vorurteile, Klischeevorstellungen und Feindseligkeit gegenüber diesen Personen noch verstärken.

•Die Kommission verweist wegen Berichten über Fälle von Diskriminierung von Ausländern und Angehörigen von Minderheitengruppen auf dem Wohnungsmarkt auf ihre allgemeine politische Empfehlung, mit der die Regierungen aufgefordert werden, diskriminierende Praktiken und Schranken oder Ausgrenzungsmaßnahmen auf dem öffentlichen und privaten Wohnungssektor zu untersuchen und weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung eines Kontrollsystems hin.

•ECRI stellt die Überrepräsentanz von Migrantenkindern in Haupt- und Sonderschulen und ihre entsprechende Unterrepräsentanz in Realschulen und Gymnasien sowie einen Rückgang der Beteiligung an der dualen Berufsausbildung in den letzten 5 Jahren fest. Die unverhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit bei Personen ausländischer Herkunft und diskriminierende Praktiken bezüglich der Entlohnung von Migranten in einigen Bereichen, insbesondere im Baubereich, werden ebenso erwähnt.

•In einem Abschnitt über Minderheitengruppen wird festgestellt, dass Mitglieder der Roma- und Sinti-Gemeinschaften in den Bereichen Beschäftigung, Wohnungsbau und Bildung mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert sind und einige Medien stigmatisierende Vorurteile hartnäckig aufrecht erhalten. Auch in Bezug auf Belästigungen und rassistische Angriffe auf Roma und Sinti weist der Bericht auf die wichtige Rolle der Meinungsbildner, einschließlich der Politiker und der Medien hin, die aufgefordert werden, gegen rassistische Ansichten über diese Gemeinschaft anzugehen. Dies wird auch in Bezug auf die Jüdische Gemeinschaft eingefordert.

•In Bezug auf Berichte über Mißhandlung durch und Fehlverhalten von Strafvollzugs- und Grenzbeamten wird bemerkt, daß es eine große

Diskrepanz zwischen den Berichten über Ausschreitungen und den Ergebnissen der Strafverfahren und internen Untersuchungsverfahren gibt.

•An einigen Medien wird Kritik geübt, weil sie negative Klischeevorstellungen und Vorurteile gegenüber Personen ausländischer Herkunft und ethnischen Minderheitengruppen fördern und das Problem der rassistischen und antisemitischen Gewalt nicht in einen größeren Kontext setzen.

Zu den **Fragen von besonderem Interesse** gehört an erster Stelle die Herausforderung der Integration, wobei die noch immer als die herrschende wahrgenommene Vorstellung, dass Nichtstaatsangehörige sich in die deutsche Gesellschaft einzupassen haben, als Integrationshemmnis qualifiziert wird. Laut Bericht spiegelt der beunruhigende Begriff der „Leitkultur" ein Konzept der deutschen Identität als homogene Gesellschaft wider. ECRI fordert die politischen Parteien und die Meinungsbildner auf, öffentlich alle derartigen Vorstellungen mit fundierten Argumenten anzugreifen und die Rolle der ethnischen Minderheiten in der deutschen Gesellschaft realistischer darzustellen und auf ihren positiven Beitrag hinzuweisen. ... Dies würde es allen Mitgliedern der deutschen Gesellschaft ermöglichen, eine echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen zu genießen.

Zur rassistischen und antisemitischen Gewalt und Belästigung als einer der gefährlichsten Ausdrucksformen des Rassismus und der Intoleranz in Deutschland wird auf die gesellschaftliche Verantwortung hingewiesen und betont, dass die Ursachen auch in der breiten Gesellschaft und dem bestehenden politischen Klima zu finden sind. Hierzu gehören offener und latenter Rassismus und Antisemitismus, Gleichgültigkeit gegenüber solchen Phänomenen, Vorstellungen von Ausländern und ihrem Platz in der deutschen Gesellschaft sowie diskriminierende Politik und Praktiken, die den Rassismus und Antisemitismus noch verstärken.

ECRI ist der Auffassung, dass obwohl eine relativ kleine Gruppe von Personen rassistische und antisemitische Straftaten begehen oder aktiv extremistische Gruppierungen, die solche Straftaten verüben, unterstützen, eine weitaus größere Zahl von Menschen mit einigen der rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Ideen sympathisiert, die Teil der Ideologie dieser Gruppen sind. ... Es muß ein Klima geschaffen werden, in dem die Angehörigen von Minderheitengruppen geachtet werden und ihr Beitrag zur deutschen Gesellschaft geschätzt wird.... Politiker, Journalisten und andere Personen des öffentlichen Lebens spielen hierbei eine wichtige Rolle... ECRI unterstreicht in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen negativen und vorurteilsbehafteten Äußerungen über Ausländer im Zusammenhang mit dem Thema Staatsangehörigkeit und Asyl einerseits und Rassismus, Fremdenhass und Intoleranz gegenüber Personenen ausländischer Herkunft andererseits.

Anders als Michel Friedmann es gesagt haben soll, ist dies alles sicher nicht unbekannt. Neu ist, dass neben Pro Asyl, Amnesty International und anderen Nicht-Regierungsorganistionen nun nach dem UN-Flüchtlingskommissariat ein Organ eines internationalen Zusammenschlusses, in dem die Bundesrepublik Deutschland eine tragende Rolle spielt, so eindeutig Kritik übt und vor allem Verantwortlichkeiten feststellt.

Wäre der Bericht ein Jahr früher erschienen, wäre der Kanzler-Aufruf zum „Aufstand der Anständigen" geeignet gewesen von der Verantwortung der Zuständigen abzulenken. Damit ist jetzt aber Schluß. Immerhin zählt das Innenministerium nicht mehr Straftatbestände mit „rechtsradikalem Hintergrund" sondern die Kategorie heißt wieder „extremistisch". Und wie um die Kritik von ECRI zu untermauern, verzichten die Medien auf Berichterstattung, die über das Dementi des Ministers und den Beistand durch Herrn Friedmann hinaus geht.

Der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (verabschiedet am 15. Dezember 2000. Veröffentlicht vom Europarat am 3. Juli 2001) ist unter der Internet-Adresse www.ecri.coe.int abrufbar.

[1]Alle Spiegelstriche sind wörtliche oder gekürzte Zitate

[2] Es geht um Besuche von Familienangehörigen bei ihren in der Bundesrepublik lebenden Verwandten

Martin Brosam

Zumutung Zuwanderungsgesetz

Der Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung der Bundesrepublik unter dem Vorsitz von Rita Süßmuth hatte in antirassistischen Kreisen trotz zahlreicher Kritikpunkte noch für einen verhaltenen Optimismus gesorgt. Der Gesetzentwurf des Innenministerium traf auf einhellige Kritik der einschlägig aktiven Gruppen.



Der Süßmuth-Kommission wurde vom Netz gegen Rassismus, das unter der Federführung des DGB arbeitet, attestiert, dass sie einen „wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorbehalten und Vorurteilen gegenüber Migranten und Flüchtlingen" leiste, indem sie sich vom Dogma „Deutschland sei kein Einwanderungsland" verabschiede und trotz aller Kritik im einzelnen, u.a. Schutzlücken besonders bei der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung erkannt und eine Anhebung des Nachzugsalters von Kindern auf 18 Jahre vorschlagen. Aber die Hoffnung, dass sich wenigstens in einigen Bereichen die deutsche Flüchtlingspolitik zum Positiven ändern würde, wurde durch die Vorlage eines Entwurfs für ein Zuwanderungsgesetz durch das Bundesinnenministerium schnell wieder zunichte gemacht.

An diesem Entwurf kritisiert beispielsweise der „Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf" die rechtliche Verschlechterung der Nachzugsregeln für Kinder als „zutiefst inhuman". Der Herabsetzung des Alters für den Kindernachzug auf 12 Jahre steht eine Sonderregelung für „Hochqualifizierte" entgegen, deren Kinder bis zum 18. Lebensjahr nachziehen können. „Zwei-Klassen-Recht" und „Umschreibung des Grundgesetzes" lauten die Kommentare. Die iaf sieht in dem Entwurf des Schily-Ministeriums in vielen Regelungen eine rechtliche Verschlechterung und bringt es auf den Punkt: „Die Verbesserungen ... zielen darauf ab, der hiesigen Wirtschaft geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen."

Einhellige Kritik erntet der Versuch, das Asylbewerberleistungsgesetz noch restriktiver zu fassen. „Bislang", so die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge,Pro Asyl, „erhalten Asylsuchende drei Jahre lang gegenüber dem Sozialhilfeniveau drastisch (um mehr als 30 %) geminderte Leistungen und die überwiegend in Form von Sachleistungen. Diese weit unter dem Existenzminimum liegenden Leistungen sollen nun unbefristet für die gesamte Dauer des Asylverfahrens festgeschrieben werden."

Generelle Kritik bringt eine Sprecherin von amnesty international mit der Forderung zum Ausdruck, dass der Staat „nicht länger die Missbrauchsdebatte in den Vordergrund stellen und die „Perspektive des Opfers von Verfolgung beachten müsse". Dazu gehöre - und das ist einhellige Meinung nahezu aller im Asylbereich tätigen Gruppen - die Einhaltung der Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention sowie Opfern nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung einen sicheren Aufenthaltsstatus zu garantieren. Deren Schutzbedürftigkeit wird sowohl von den politischen Parteien als auch von der Süßmuth-Kommission anerkannt - allein im Schily-Entwurf findet sie keine Erwähnung.

Schutzlücken im Bereich des Abschiebeschutzes kritisiert die evangelische Landeskirche in Baden als „mit einem effektiven Menschenrechtsschutz und dem christlichen Menschenbild nicht zu vereinbaren".

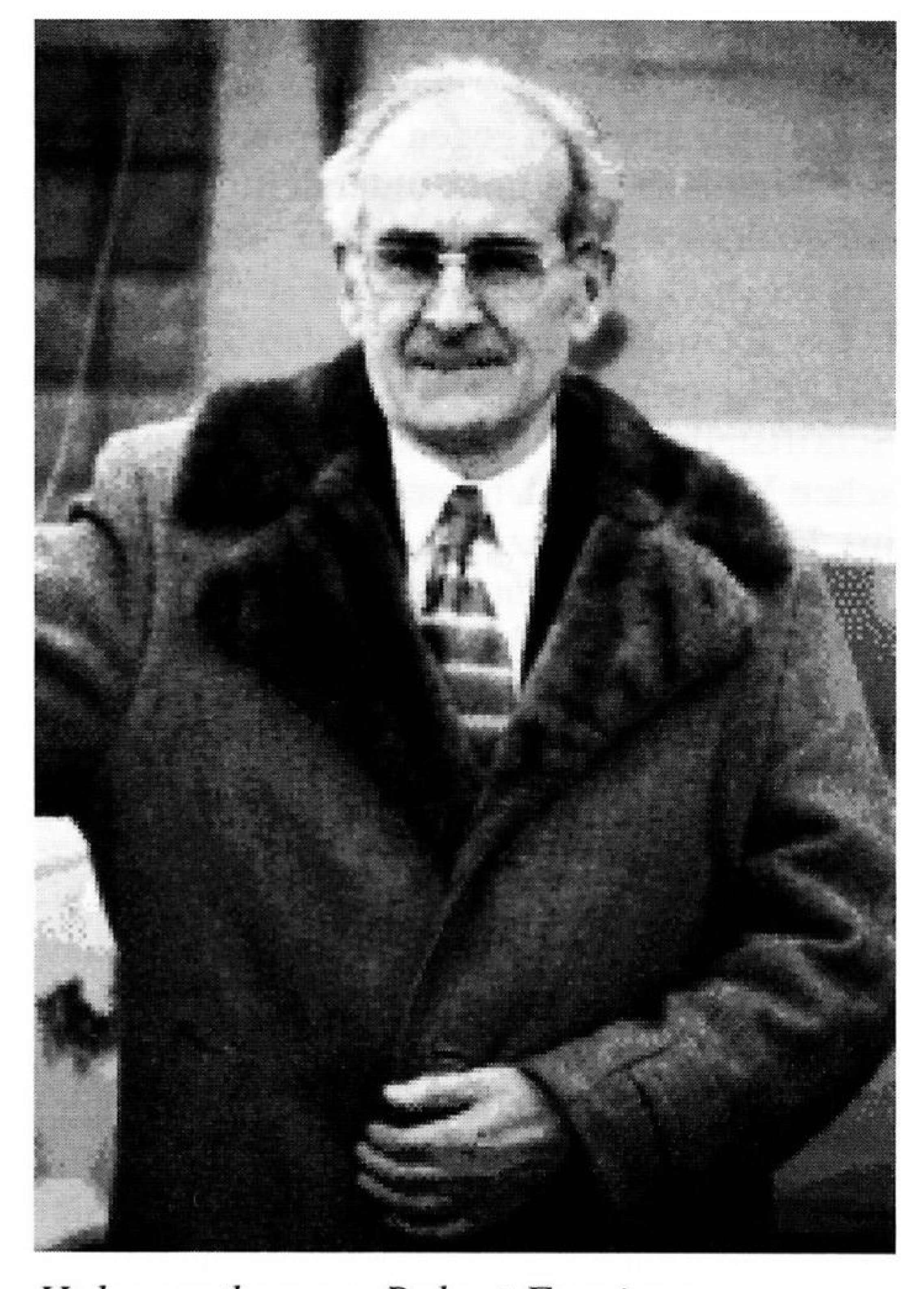
Angesichts dieser und anderer „Zumutungen" in Schilys Zuwanderungsgesetz, formuliert Pro Asyl die Befürchtung, dass „der Einstieg in eine neue Zuwanderungspolitik zu Lasten von Flüchtlingen gehen soll."

Goetz Nordbruch

Holocaustleugnung und Kampf gegen „Normalisierung“

Arabische Diskussionen um den Holocaust

Die Ankündigung einer Konferenz zum Thema „Revisionismus und Zionismus“ in Beirut durch das US-amerikanische „Institute for Historical Review“ (IHR) bot Anfang diesen Jahres den Anlass für umfangreiche Berichte und Kommentare in arabischen Medien. Die Verbreitung holocaustleugnender Thesen in der arabischen Öffentlichkeit hatte bereits 1996 einen Höhepunkt erreicht, als der französische, zum Islam konvertierte Ex-Kommunist Roger Garaudy mit seinem mehrfach ins Arabische übersetzten Buch „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“ für Furore sorgte und monatelang die Diskussionen in Zeitungen und Zeitschriften prägte. Mehrere Fernsehauftritte auf verschiedenen arabischen Kanälen ermöglichten es ihm damals, den Kreis der Unterstützer der größtenteils von Robert Faurisson und David Irving übernommenen Thesen auszuweiten. Seine Behauptung, bei den nationalsozialistischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung handle es sich um einen Mythos, der von der zionistischen Bewegung geschaffen und instrumentalisiert wurde, gehört mittlerweile zu den geläufigen Sichtweisen in arabischen Diskussionen.



Holocaustleugner Robert Faurisson

Eine Talkshow zum Holocaust

Ein besonderes Forum für diese Vorstellungen bot der populäre arabische Fernsehsender „al-Jazeera“ Mitte Mai diesen Jahres. In der wöchentlichen Talkshow richtete der Fernsehmoderator Faysal al-Qasem die Frage „Ist der Zionismus schlimmer als der Nazismus?“ an das Millionenpublikum des Senders. Wenige Tage nach Ausrichtung eines Forums des „Jordanischen Schriftstellerverbandes“ zu den Hintergründen und Zielen der gescheiterten Konferenz in Beirut erhielt die libanesische Journalistin Hayat Atiyah die Möglichkeit, die Thesen der IHR-Konferenz zusammenzufassen und als wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Zionismus zu präsentieren. Ihr vornehmliches Interesse richtete sich dabei auf die Vergleichbarkeit der beiden Ideologien. Gerade die Vorstellungen einer Höherwertigkeit der eigenen „Rasse“ sowie das Streben nach militärischer Expansion begründen ihrer Ansicht nach die ideologischen Gemeinsamkeiten. Schließlich, so Atiyah, sei „der Glaube daran, das ‚auserwählte Volk‘ zu sein, seit der jüdischen Tora eines der Fundamente des zionistischen Projektes.“ Der telefonisch zugeschaltete Ibrahim Alloush, Mitglied des Schriftstellerverbandes sowie der jordanischen „Liga gegen Zionismus und Rassismus“, wendete sich dagegen an die vermeintlichen Lügen, welche über den Holocaust verbreitet würden: „Da ist zunächst die Lüge über die Vernichtungspolitik gegenüber den Juden, zweitens, die Lüge über die Tötung von sechs Millionen Juden während des Zweiten Weltkrieges, und drittens, die Lüge der Gaskammern.“ Als Rechtfertigung für die Existenz Israels und dessen Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung komme der Auseinandersetzung mit dem Holocaust daher eine besondere Bedeutung zu.

Als Verrat an den palästinensischen und arabischen Rechten wird dabei jede Position gebrandmarkt, welche auf die Fragwürdigkeit holocaustleugnender Argumentationen hinweist. Bereits die Veröffentlichung eines offenen Briefes an die libanesische Regierung, in welchem vierzehn arabische Intellektuelle gegen die geplante Konferenz in Beirut protestierten, stieß auf entschiedene Ablehnung in weiten Teilen der arabischen Öffentlichkeit. Ähnlich wie gegen die Schriftsteller Adonis und Mahmud Darwish, welche den Brief unterzeichneten, richtete sich der Vorwurf des Verrates auch gegen den tunesischen Intellektuellen Afif al-Akhdhar, der als zweiter Studiogast den inhaltlichen Gegenpart der Talkshow abgeben sollte. Seine Kritik am „faschistischen“ Diskussionsstil der Holocaustleugner stellte dabei weniger die Inhalte, als vielmehr deren Konsequenzen für die internationale Reputation der palästinensischen Forderungen in den Mittelpunkt. Die Übernahme des „Mülls“, welcher von Garaudy und Faurisson produziert werde, führe zu einem „Kampf gegen die internationale Diplomatie“, der letztlich nur verloren werden könne.

Die aufgebrachten Reaktionen Atiyahs, aus der es im Laufe der Diskussion herausbrach, es habe „keinen jüdischen Holocaust gegeben, es gibt nur einen palästinensischen Holocaust“, spiegeln dabei die Stimmung in weiten Teilen der arabischen Öffentlichkeit. Ihr Vorwurf, al-Akhadhar „schmiede eine Verschwörung gegen den palästinensischen Holocaust, indem er wiederholt, was die westlichen Medien behaupten“, ergänzte schließlich die Ansicht Alloushs, dass „das Anerkennen des Holocaust das Herzstück der kulturellen Normalisierung mit dem zionistischen Feind“ bedeute.

Kampf gegen die „Normalisierung“

Gerade die Vorstellungen einer verschwörerischen Instrumentalisierung des Holocaust und die Ablehnung jeglicher „kultureller Normalisierung“ mit Israel bilden die Anknüpfungspunkte zu anderen Diskussionen, wie sie sich insbesondere in Ägypten und Jordanien während der letzten Jahre entwickelten. Die Einbindung der Berichte und Kommentare über den Holocaust in den Kontext öffentlicher Auseinandersetzungen um die Beziehungen zu Israel und den Juden lässt sich beispielhaft an einer Serie von Artikeln illustrieren, welche in der ägyptischen Literaturzeitschrift „Akhbar al-Adab“ in den letzten Monaten erschienen. Unter dem Stichwort „Der Holocaust-Dialog“ boten verschiedene Autoren einen Einblick in das Spektrum des angesprochenen intellektuellen Publikums. In einem Editorial des Schriftstellers und Herausgebers der Zeitung Gamal al-Ghitanis wird der Konsens der sich ankündigenden Kontroverse deutlich. Seine Kritik an den Unterstützern der Beiruter Konferenz mündet in die Feststellung, das Ziel der Veranstalter einer Prüfung der Holocaustgeschichtsschreibung sei überflüssig, denn „es gibt keinen Unterschied zwischen der Tötung von einem Menschen, oder einer Million, oder mehr. [Denn] das Problem ist keines der Zahlen, sondern des Prinzips.“ Der suggerierte universelle Humanismus einer solchen Position, welche jeden Mord ächte und die Tat unterschiedslos als Verbrechen verfolge, bildet den Kern dieser Argumentationen. Die Reduktion der nationalsozialistischen Verbrechen auf einen „Genozid unter vielen“ erscheint hier als konsensfähige Interpretation des Holocaust. Gerade seit Beginn der so genannten al-Aqsa-Intifada im Herbst 2000 finden sich immer häufiger Argumentationen, in denen die vermeintliche Anerkennung des Holocaust als rassistisches Verbrechen mit dessen Bedeutung für die palästinensischen Forderungen begründet wird. Als historischer Vorläufer des „Genozides an den Palästinensern“ werden die Nürnberger Prozesse dabei zum Vorbild für Forderungen gegenüber den „neuen Nazis“. Allein hinsichtlich strategischer Fragen entwickeln sich letztlich kontroverse Positionen in der Debatte, in denen unter anderem das Maß der Abgrenzung von der europäischen Rechten problematisiert wird. Die gemeinsame Kritik an einer vermeintlichen Übersteigerung des Holocaust zu einem besonderen historischen Ereignis und dessen Instrumentalisierung zur Rechtfertigung der Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung äußert sich in vielen Fällen auch in der Art und Vehemenz der Denunziation kritischer Stimmen. Der kommentarlose Abdruck eines

Ulrich Schneider

David Irving – die Letzte?

Endlich ist es amtlich. Das Urteil im Prozess Irving gegen „Penguin-Book" und Deborah Lipstadt, den David Irving vor dem Britischen High Court wegen Beleidigung und Verleumdung angestrengt und verloren hat, ist rechtskräftig. Sein Beschwerdeantrag wegen Abweisung der Eröffnung eines Revisionsverfahrens wurde im Juni diesen Jahres vom Appellationsgericht zurückgewiesen. Damit ist auch das letzte juristische Schlupfloch in der britischen Prozessordnung verstopft.



In diesem Verfahren versuchte Irving mit seinem Anwalt Adrian Davies noch einmal die vom Gericht bereits zurückgewiesenen Thesen der Geschichtsrevisionisten zum Gegenstand des Verfahrens zu machen. Das Revisionsgericht betonte jedoch in seiner Begründung, dass das Urteil von Richter Gray aus dem Hauptverfahren „nur zu bewundern (sei) in Hinblick auf Reichhaltigkeit und Stil". Dafür hatten in dem Verfahren vor allem die sachverständigen Zeugen und wissenschaftlichen Gutachter gesorgt, die Irvings Thesen detailliert und mit großer Sachkenntnis auseinander gepflückt hatten. Nun kommen die Kosten für diese Gutachter der Verteidigung von Deborah Lipstadt auf David Irving zu, Kosten in Höhe von acht bis zehn Millionen Mark. Während seines Verfahrens hatte Irving immer wieder behauptet, dass ihn seine Gesinnungsfreunde finanziell stützen würden, ein solcher Betrag ist aber selbst für die spendenfreudigsten Geschichtsrevisionisten zu viel. Das Gericht ordnete deshalb die Offenlegung von Irvings Vermögensverhältnissen an und legte fest, dass er innerhalb von drei Wochen die erste Rate der Kosten zu begleichen habe. Vorsorglich leiteten die Richter die ersten Schritte zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen Irving ein.

Irving selber war am Tag der Urteilsverkündung nicht im Gerichtssaal. Kenner vermuten, dass er sich in die USA, wo er über einen Zweitwohnsitz verfügt, abgesetzt habe. Seine geschichtsrevisionistische Propaganda wird er auch nach der Verurteilung nicht aufgeben. Auf Irvings Internet-Seite findet man immer noch die gleichen These zur „Auschwitz-Lüge" wie vor dem Urteil. Aber durch den verlorenen Prozess sind seine Möglichkeiten der Propaganda schlechter geworden. Die Akzeptanz seiner Thesen und Publikationen in rechtskonservativen Kreisen dürfte dadurch deutlich gelitten haben. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Erfolg.

Briefes des Leiters des IHR, Mark Weber, an den libanesischen Dichter Adonis, macht diese Haltung deutlich. In einer Kolumne Ahmad al-Khamis gibt dieser den Wortlaut des Briefes wieder, in dem Adonis für seine Kritik an der Beiruter Konferenz angegriffen wird. Ähnlich wie in anderen Reaktionen auf Kritiker der Konferenz, welche als „Anwälte des großen Satans Israel" beschrieben wurden, wird auch hier der denunziatorische Drang deutlich. Im Kontext der zunehmenden Hetze gegenüber kritischen Stimmen fügen sich diese Auseinandersetzungen in die laufenden Diskussionen, wie sie sich exemplarisch in der Literaturzeitung zeigen. Die Denunziation als „Normalisierer" richtet sich dabei unter anderem gegen Autoren, denen eine pro-israelische Haltung unterstellt wird. Der Ausschluss aus dem Schriftstellerverband wegen eines Aufenthaltes in Israel sowie wiederholter Kontakte zu Israel traf dabei selbst renommierte Autoren. Die Bereitschaft von Schriftstellern, auf das Angebot eines israelischen Verlages zur Übersetzung von Romanen ins Hebräische einzugehen, wurde von verschiedenen Kommentatoren in die Nähe der Kollaboration gerückt. Auch offizielle Stellen, denen mangelhafte Sorge um ägyptische und arabische Kulturgüter vorgehalten wurden, müssen sich dabei scharfe Vorwürfe gefallen lassen. Die immer wieder vorgetragenen Befürchtungen eines „israelischen Raubes" arabischer Literatur, Architektur oder – allgemeiner – der arabischen Kultur, welche mit dem Stichwort einer drohenden „Judaizierung" der arabischen Welt umschrieben werden, gehen dabei regelmäßig von organisierten Angriffen und Verschwörungen Israels, der Zionisten oder schlicht der Juden aus. Die verwendete Symbolik des Kulturkampfes, welche sich beispielsweise in dem Themenschwerpunkt „Wie erwidern wir die Versuche Israels, unsere Kultur zu stehlen?" ausdrückt, macht die Bedeutung dieser Vorstellungen sichtbar. Die geläufigen Stereotypen jüdischer Verschwörungen, welche die internationalen Medien dominierten und die öffentliche Meinung manipulierten, bilden schließlich einen Schnittpunkt, in welchem die Auseinandersetzungen um „Instrumentalisierungen des Holocaust" mit Vorstellungen einer kulturellen Konfrontation zwischen Arabern und Juden ineinander übergehen.

Geschichtsrevisionismus als Schnittstelle

Die Interpretation des Nahostkonfliktes anhand antisemitischer Denkmuster bildet den Anknüpfungspunkt für Interventionen des westlichen Geschichtsrevisionismus in die Debatten der arabischen Öffentlichkeit. Die bereits seit Ende der 1970er Jahren verstärkt unternommenen Bemühungen aus der europäischen Rechten, mittels antizionistischer Positionen Zugang zu arabischen und muslimischen Auseinandersetzungen zu erhalten, haben sich in den letzten Jahren weiter intensiviert. So gründeten die von Franz Schönhuber eingeforderten Annäherungen an den Islam und die arabische Welt ausdrücklich in Vorstellungen eines gemeinsamen Feindes. Die geplanten Beiträge Garaudys, Faurissons und insbesondere Horst Mahlers zur Konferenz in Beirut machen das inhaltliche Potenzial dieser Beziehungen eindringlich deutlich. Die bisher weitgehend unbeachtete Einladung des offen nazistisch argumentierenden Mahler kann dabei als Höhepunkt eines inhaltlichen Vorstoßes verstanden werden. In dem vom ihm als Redemanuskript zur Beiruter Konferenz veröffentlichten Text „Endlösung der Judenfrage – Gotteserkenntnis statt Judenhass" beschreibt er die Bedeutung des Kulturkampfes, welcher sich in den Auseinandersetzungen des „zersetzenden jüdischen Geist gegen den sittlichen Geist der Germanen" äußere. Seine offene Bezugnahme auf Adolf Hitlers Rede von den Juden als „geistiger Rasse" spiegelt dabei die antisemitische Kulturalisierung des Konfliktes. Deutlicher als Faurisson, dessen Redemanuskript den Appell beinhaltet, die arabischen Führer mögen die Forderungen der Palästinenser wie die Revisionisten, deren „Intifadas identisch" seien, erhören, bietet Mahler eine umfassendere Interpretation, welche über den gegenwärtigen Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis hinausgeht. Während sich Faurisson in seinem kurzen telefonischen Gastspiel zur Talkshow darauf beschränkte hinzuweisen, der Geschichtsrevisionismus sei die „Atomwaffe der Armen" im Kampf gegen den Zionismus, dehnt Mahler die antisemitische Interpretation des Konfliktes damit weiter aus: „Der Kulturkampf gegen den Judaismus ist das Mittelpunktgeschehen, das der Welt eine neue Gestalt gibt." In dem Artikel „Geschichtsrevisionsmus und seine politische Konsequenzen" des im iranischen Exil lebenden Schweizer Holocaust-Leugners Jürgen Graf, dessen Organisation „Vérité et Justice" als Mitveranstalter der Konferenz in Beirut firmierte, wird schließlich die gemeinsame Weltsicht nationaler und islamistischer Vorstellungen dieses Kulturkampfes erkennbar: „It is of paramount importance to remember that the people who are constantly lying about ‚gas chambers' and ‚six millions' are the same ones who relentlessly vilify Iran and the Islamic Revolution. They are incidentally, the same people who propagate abortion, gay rights [...], hardcore pornography, and similar abominations." Der ausgeprägte Kulturpessimismus, welcher sich in Debatten um Globalisierung und das Verhältnis zum Westen äußert, beschränkt sich dabei keineswegs auf islamistische Spektren, wie sie lange Zeit von dem notorischen Holocaustleugner Ahmad Rami und seiner Internetseite „Radio Islam" repräsentiert wurden. Ähnlich wie hinsichtlich der Reaktionen auf Garaudy und dessen Thesen werden die Befürchtungen angesichts der Globalisierung und des drohenden Zerfall der arabischen Identität und Kultur von unterschiedlichsten Fraktionen des arabischen Nationalismus geteilt.

Der Kontext der Auseinandersetzungen um den Holocaust legt es schließlich nahe, die weitverbreitete Übernahme geschichtsrevisionistischer Thesen nicht auf den Konflikt mit Israel zu reduzieren. Im Zusammenspiel mit antiwestlichen und kulturkämpferischen Interpretationen der gegenwärtigen Situation in arabischen Ländern erscheinen diese Vorstellungen letztlich als Ausdruck einer zunehmenden Etablierung antisemitischer Denkweisen, welche sich keineswegs auf bestimmte religiöse oder politische Spektren eingrenzen lassen. Die Versuche einer Internationalisierung des Geschichtsrevisionismus, wie sie in letzter Zeit verstärkt aus der westlichen Rechten unternommen wurden, dürften insofern auch in Zukunft auf Interesse stoßen.

Ernst Kovahl

Renaissance der Monarchie?

Um die Monarchie ist es schlecht bestellt in der Bundesrepublik. Trotzdem: „Monarchen sind populär", meinte René Häusler kürzlich in einem Interview mit der „Jungen Freiheit". Er ist Beiratsmitglied des Vereins "Tradition und Leben" (TuL). Das Ziel: Ein deutscher Monarch an der Spitze Europas.

„Tradition und Leben", die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens" hat nach eigenen Angaben 1.000 AnhängerInnen und ist im Spektrum monarchistischer Vereine die einzig ernst zu nehmende Organisation. Vorsitzender ist der Kelkheimer Knut Wissenbach. Stellvertretender sind Kassenwart Götz Aßmann (Lüneburg) und Klaus Frahm (Solingen). TuL-Geschäftsführer ist der Frankfurter Holger Theiß. Der Verein gibt sechs mal im Jahr die Zeitschrift „Erbe und Auftrag" in einer Auflage von 900 Stück heraus. Redakteur ist Markus Wilhelm Weingartz aus Bonn. Neben Klatsch und Tratsch aus der Welt des Adels finden sich hier Artikel zur Zukunft der Monarchie.

Häusler ist einer der Ideologen der Organisation. Er versucht, an politische Diskussionen anzuknüpfen, um die Monarchie als Lösung zu präsentieren. Der Politik- und Wirtschaftsberater betätigte sich laut JF als Autor für Zeitungen wie die „Zeit", „Neue Zürcher Zeitung", „Weltwoche", die „Zeitschrift für Parlamentsfragen", „Criticón" und arbeitete am „Lexikon des Konservatismus" mit. 1998 veröffentlichte er das Buch „Herrscher der Herzen? Vom Sinn des Königtums im 21. Jahrhundert" bei „Haag+Herchen". Er fordert von der monarchischen Bewegung mehr Professionalität: „Das Stadium des Dilletantismus, der reinen Liebhaberei muss verlassen werden."

1993 sah er in Russland, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, aber auch im Westen, erstarkende monarchistische Strömungen. In einer Zeit der Umbrüche wachse die Suche nach dem Konstanten, nach dem „was immer gilt". Ein Monarch könne in einer desolaten ökonomische und soziale Lage Identität stiften.

Der Parlamentarismus löste die Monarchie in Europa von der Machtausübung und hob somit „den Gegensatz Monarchie-Demokratie" auf. Der Monarch „verkörpert Einheit und Stabilität des Staates. Er herrscht, aber er regiert nicht", so Häusler. Leider würden Republiken kaum zur reinen Monarchie „zurückkehren". So sei nur noch eine parlamentarische Monarchie möglich, in der ein Monarch neben der Regierung etabliert werde. Er wäre Repräsentant und „höchste Autorität" auf „moralisch-ethischem, psychologischem und religiösem" Gebiet. Denn nur er könne im Gegensatz zu Politikern „in unparteiischer Weise alle Bürger repräsentieren und ist aufgrund seiner Abstammung am ehesten dazu legitimiert." Der König stünde in der „Mitte" der Gesellschaft. Zur Beschreibung seiner Position dürfe man nicht den Begriff der „Macht" verwenden, sondern müsse seine versöhnende Funktion sehen. In einer Zeit der Entmystifizierung fülle der „Mythos" König ein Vakuum: Die Menschen „spüren den Archetypen und erliegen wohl darum dem „seelischen" Zauber der Monarchie". „Entmythologisierung", das Ergebnis „kulturrevolutionären Wütens, das seit 1789 grassiert", ist für Häusler Schuld am Elend in der Welt. Der Feind heißt also Aufklärung, Rationalismus und Demokratie.

Um Monarchie wieder in die Diskussion zu bringen, knüpft der Verein an aktuelle Themen an. Zum Thema Ökologie findet eine Zusammenarbeit mit den rechten „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) statt. 1999 veranstalteten die Organisationen eine gemeinsame Tagung: Es referierten René Häusler über den „König als ecological inspirer" und Heinz Siegfried Strelow, Bundessprecher der UÖD und „Criticón"-Autor. Könige stünden, motiviert durch ein „religiös motiviertes Verpflichtungsgefühl zum Schutz der Schöpfung", oft „an der Spitze von ökologischen Bewegungen". Vorteil des Königs mit seiner „moralischen Autorität": Er könne an die nächste Generation denken, Politiker dächten nur an die nächste Wahl. Als Erbmonarch sei er unabhängig und könne für das Gemeinwohl eintreten.

Auch gelte es, die Diskussion über die Gestaltung der europäischen Institutionen zu nutzen, um „eine Struktur zu schaffen, die dem monarchischen Gedanken dient". Dabei denkt Häusler an ein „Präsidium der EU", in dem alle Staatspräsidenten und Monarchen der EU vertreten seien. Die Aufgabe des „Repräsentanten" des Präsidiums, eine rein „symbolische Funktion", soll von einem europäischen Monarchen auf die Dauer seiner Amtszeit wahrgenommen werden, möglicherweise also auf Lebenszeit.

Das Thema Europa sorgt auch für Kontakte zu Otto Habsburg, dem verhinderten Kaiser von Österreich-Ungarn. Zwar verübelt TuL ihm, dass er durch die Integration der monarchistischen Strömung in die österreichische „Paneuropa Union" die Position der Monarchisten geschwächt habe. Doch der Kontakt ist von Freundlichkeiten geprägt. TuL sieht in ihm den „legitimen Kaiser von Österreich und Apostolischen König von Ungarn". In Grußworten an die Kaisertreuen erinnerte er an die Funktion von Traditionen. Sie müssten, so seine Überzeugung, das politische Handeln steuern. In einem Interview legte er schließlich seine Ideen zur EU-Entwicklung dar. Pragmatisch setzt er schon lange auf die europäische Einigung unter den Vorzeichen, die das Habsburg-Reich prägten. Und eben ein Habsburger, Kaiser Karl V. nämlich, stünde für eine Vorwegnahme des vereinten Europas, so TuL-Aktivist Weingartz: „Gerade wir Monarchisten sollten uns deshalb der Verwirklichung der europäischen Einigung verschreiben."

TuL bemüht sich, nicht in den Ruch der Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit zu kommen. René Häusler befürchtet gar, dass ihre Bemühungen als „verfassungswidrig und damit strafbar angesehen werden könnten".

Trotzdem verkündete Knut Wissenbach öffentlich, dass „die Frage der Legitimation der Republik offen" sei. Europa könne aber auch hier helfen, da es noch keine Verfassung der EU gebe. So könne man auch gegen keine Verfassung verstoßen und eine Monarchie festschreiben: Um dort weiterzumachen, „wo Kaiser Karl V. aufgehört hatte."

Die europäische Integration schließlich soll „der alten Welt den Platz verschaffen, den sie verdient, eine Stellung als eigenständige Macht und nicht als Vasall unter der Hegemonie irgendeiner Supermacht." Klar, wer hier führt: „Ein deutscher König in einem zusammenwachsenden Europa, das ist die richtige Mischung.", so Götz Aßmann. Thronanwärter dafür ist der 24-Jährige Georg Friedrich Prinz von Preußen. Der schrieb, ganz auf den eigenen Vorteil bedacht, über die Arbeit von TuL: „Ich hoffe, dass dieser Einsatz eines Tages Früchte tragen wird."

IM GESPRÄCH

„Monarchen sind populär"

Der Politikberater René Häusler über die Bedeutung der Monarchie im 21. Jahrhundert

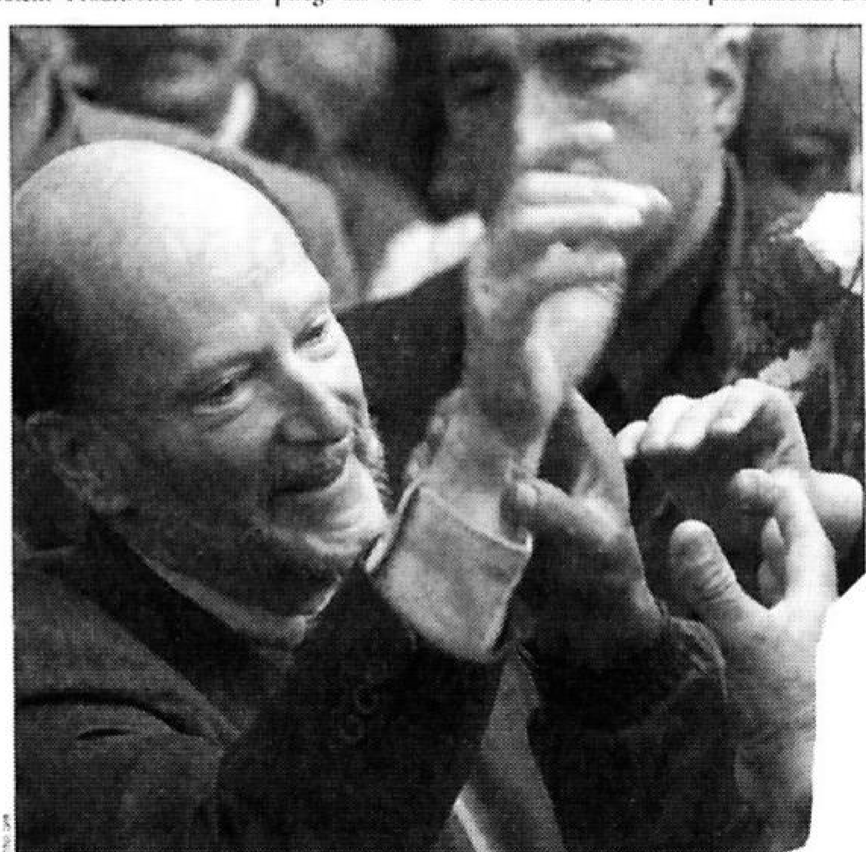
René Häusler
geboren 1955 in Amriswil in der Schweiz, studierte in Zürich Geschichte, Politikwissenschaft und Öffentliches Recht. Nach einer Tätigkeit als Abteilungsleiter einer Schweizer Bank arbeitet er seit 1995 als selbständiger Politik- und Wirtschaftsberater. Außerdem ist er Beiratsmitglied von „Tradition und Leben", der ...eitsgemein- ...ur Förde- ...monar- ...dan- ...n

Herr Häusler, Sie widmen sich als politischer Berater von „Tradition und Leben", der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens" und in zahlreichen Veröffentlichungen der Frage nach dem Sinn der Monarchie im 21. Jahrhundert. Wie kommt man denn als Schweizer gerade zu diesem Thema?

Häusler: Ein hoher Diplomat unseres Landes hat einmal augenzwinkernd gesagt: Die Schweizer seien alles Monarchisten, sie wüßten es nur nicht. Vielleicht dachte er daran, daß bedeutend mehr Schweizer auf die Straße zum Winken gehen, wenn ein König oder eine Königin zu Besuch in unserem Lande weilt, als dies bei einem Präsidenten der Fall ist. Als Politologe und Historiker hat man sich fast zwangsläufig mit der Monarchie auseinanderzusetzen. Das gilt auch für uns Schweizer, denn lange Zeit war unser Land ein Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, de facto bis zum Schwabenkrieg 1499 und de iure bis zum Westfälischen Frieden 1648. Wir waren durchaus kaisertreu, solange dieser uns unsere Freiheiten garantierte. Schon früh jedoch bekamen wir Mühe mit geldgierigen Landvögten und setzten uns zur Wehr. Einzelne Orte wie Bern waren stark aristokratisch geprägt, viele Schweizer dienten in ausländischen Heeren, und der Schweizer Briefadel erhielt seine Titel von ausländischen Monarchen. Neuenburg war eine Zeit lang gleichzeitig Schweizer Kanton und preußisches Fürstentum. Viele frühere Monarchen und heutige Vertreter des Hochadels lebten in der Schweiz, darunter Napoleon III. bei uns in Thurgau, Kaiserin Elisabeth von Österreich und ihre ...chfolgerin Zita, der jetzige König von ...nd, der Exkönig von Rumänien, Mi... ...nd die italienische Königsfamilie. ...n wir natürlich die Habsburger ...n, die sich vor gut 1.000 Jahren ...e Stammburg errichtet haben. ...ich mich seit den Umwäl... ...ropa mit der Monarchie ...lichen der dortigen Staa... ...ge mit großem Jubel ...Monarchie interes... ...ische Staats- ... Demokratie wagen, aber jeglicher Extremismus ist zu vermeiden.

Sie sehen den Sinn des Königtums vor allem in seiner identitätsstiftenden Funktion: schließlich wirkt ein Monarch, dessen Ansehen von der Alltagspolitik unbefleckt ist, viel integrativer als ein auf Zeit gewählter Präsident. Haben die Monarchien nicht trotzdem mit derselben Politikverdrossenheit und Kulturvergessenheit zu kämpfen wie die republikanischen Staaten?

Häusler: Ich denke, die heutige Politikverdrossenheit ist oft mehr eine Politikerverdrossenheit. Und Politiker gibt es auch in Monarchien. Daher können sie natürlich von diesem Phänomen nicht verschont bleiben. Hingegen glaube ich, daß die Kulturvergessenheit in den Monarchien etwas weniger um sich greift, da ein monarchisches System Traditionen stärker pflegt als eine ... begleitet zu werden, stellt an die Träger der Krone und ihre Familien jedoch hohe Anforderungen. Andererseits kann ein geschickter Umgang mit den modernen Kommunikationstechniken das Wirken der Krone wesentlich erhöhen, wie Sie am Beispiel von Königin Elizabeth II. sehen können. Es ist ihr gelungen, den Thron sozusagen in die Wohnzimmer zu bringen. Der Umgang mit den Medien gehört deshalb zum Standardprogramm jeder Erziehung an einem Königshof. Jedoch ist die Zunft der „Royal Watchers" in der Boulevardpresse kaum mehr zu kontrollieren. Wieweit ihr Werk auch zerstörerischen Einfluß auf die von ihnen verfolgten Mitglieder der Königshäuser ausübt, ist beim Tode Prinzessin Dianas tragisch demonstriert worden. Sicher geben sich die wenigsten Sensationsjournalisten darüber Rechenschaft, daß sie die persönlichen Dra... le Auswirkungen auf die Demokratie. Niemals ist dies deutlicher geworden als 1981 anläßlich des Staatsstreichversuchs in diesem Land. König Juan Carlos I., der nach seinem Thronantritt 1975 die Demokratisierung des Landes einleitete, zeigte in dieser Situation unerschütterliche Verfassungstreue, was die Putschisten zu Hochverrätern werden ließ. Dabei kam auch der religiöse Mythos ins Spiel: Ein General, der später von einer deutschen Zeitschrift befragt wurde, warum er dem König gehorcht habe, gab sinngemäß die Antwort, einem Präsidenten hätte er sich wohl nicht gefügt, aber gegen einen König hätte er sich nicht versündigen wollen, denn ein König stehe unter dem Schutz Gottes. Auch eine moderne Monarchie darf sich durchaus auf den Glauben stützen. Sie kann sogar Beschützerin aller Gläubigen sein, un... abhängig von ihrer Religion. Prinz Char... hat anläßlich des 25. Jahrestages sei... setzung als Prince of Wales die Abs... getan, sich als künftiger Monarc... „Beschützer *des* (anglikanischen) ... sondern als ökumenischer Schutzp... im Vereinigten Königreich etablie... gionen „Defender of faith" zu nen... wäre eine beachtliche Neuerung. A... Grunde höre ich auch das Wort „R... on" nicht so gerne. Zu sehr beinha... unmögliche Wiederherstellung ei... Zustandes. Die moderne Monarc... neue Zeichen setzen und neue T... einführen. Gerade der m... mentaris... nigt... My... Gl...



Ausriss aus der Jungen Freiheit

Renate Bitzan &Kirsten Döhring

Hamburger Tagung „Frauen im Rechtsextremismus“

Am 16. und 17. Juni diesen Jahres fand in der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg die überregionale Fachtagung „Frauen im Rechtsextremismus“, organisiert vom „Antifaschistischen Frauennetzwerk“ und dem „Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus“, statt. Ziel der Tagung war es, universitäre Diskurse und politische Dimensionen des Themas zu verknüpfen und der Öffentlichkeit vorzustellen.

Das Themenspektrum reichte dabei von Frauenorganisierung in rechten Subkulturen über modernisierte Frauenpolitik rechter Parteien in Deutschland und Frankreich bis zu Aktivitäten von extrem rechten Frauen im Internet. Auch die lebens- und familiengeschichtlichen Motivationen von Mädchen, in rechtsextremen Gruppierungen aktiv zu werden, Berührungspunkte zwischen feministischen Theoriesträngen und Geschlechterideologien rechter Frauen sowie das Verhältnis von Sexismus und Antisemitismus im völkischen Denken wurden beleuchtet.

In allen Veranstaltungen der Tagung diskutierten die TeilnehmerInnen vorwiegend aus einem feministischen Blickwinkel heraus die Täterinnenschaft rechter Frauen, antifaschistische und antirassistische Handlungsoptionen und immer wieder auch die gesellschaftliche Verankerung des Rechtsextremismus. Sowohl BesucherInnen mit akademischem, als auch mit antifaschistischem und feministischem Hintergrund kamen auf ihre Kosten. Zudem erwies sich die Entscheidung, die von Frauen organisierte Tagung einem gemischtgeschlechtlichen Publikum zu öffnen, keineswegs als hinderlich.

Auch wenn die Komplexität der Diskussionen hier nicht wiedergegeben werden kann, lassen sich doch einige Essentials zusammenfassen: Frauen tragen und verbreiten rechte Ideologien mit, sie stabilisieren die rechte Szene und machen ihre Positionen konsensfähiger, indem sie das Image der Rechten als bloße "Stiefelnazis" in der öffentlichen Wahrnehmung positiv verändern. Da Frauen selten mit Gewalttaten in Verbindung gebracht werden und Forschungen und Angaben über ihre tatsächliche Beteiligung weitgehend fehlen, fallen sie in der auf diesen Aspekt reduzierten medialen Darstellung des Rechtsextremismus oftmals aus dem Blick. Zumeist erscheinen sie als Opfer, die quasi ohne eigene Verantwortung in die Szene „hineinrutschen“. Dabei sind Frauen nicht nur Mitläuferinnen im Rechtsextremismus, sondern auch als Organisatorinnen, Funktionärinnen oder Autorinnen aktiv. Ihre Entscheidung für die Mitarbeit fällt - ebenso wie bei Männern - in der Regel aus einer Melange aus biographischen Dispositionen, passenden Gelegenheitsstrukturen und dezidiert politischen Gründen, wobei ihre rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Einstellungen zumeist relevanter für die politische Verortung sind als ihre geschlechterpolitischen Vorstellungen. Die Kategorie Geschlecht als analytisches Instrument kritischer Beobachtung in diesem Forschungsfeld wird durch diese Feststellung keineswegs bedeutungslos, ist aber zu unterscheiden von ihrer (mitunter geringen) Relevanz für das politische Selbstverständnis rechter Frauen.

Die ungebrochene Gleichung "Frau gleich Opfer" verhöhnt dabei die tatsächlichen Opfer rechter Gewalt und verschleiert die Täterinnenschaft und ihre ideologische Verankerung in der Mitte der Gesellschaft. Denn eine solche Fehleinschätzung rechter Frauen kann nur entstehen, weil sie einerseits nicht als politische Subjekte wahrgenommen werden und andererseits ihre nationalistischen und rassistischen Positionen - scheinbar der Gewalttätigkeit entkleidet - nicht selten denen der bürgerlichen Mitte ähneln.



Foto: P. Jülich

Im Sinne einer differenziert einzuschätzenden Involviertheit von Frauen (als Täterinnen, Mittäterinnen, Mitläuferinnen, Opfer) knüpft die Debatte um Frauen in den aktuellen rechtsextremen Entwicklungen durchaus an - langwierig erstrittene - Ergebnisse der Forschungen zu Frauen im Nationalsozialismus an. Ein expliziter Bezug darauf war für die Programmgestaltung der Tagung zwar nicht prägend, doch tauchte die „Generationenfrage“ in Diskussionsbeiträgen immer wieder auf. Vielleicht hätte sie das Zeug dazu, bei einer nächsten Tagung in den Mittelpunkt gestellt zu werden. Ebenfalls als interessante Erweiterung böte sich die begonnene Auseinandersetzung mit dem Thema in internationaler Perspektive an. Der Wunsch nach einer Folgeveranstaltung in ähnlich gelungener Form wurde den Veranstalterinnen jedenfalls mit auf den Weg gegeben.

Die Dokumentation der Tagung erscheint Ende 2001 bei rat – reihe antifaschistischer texte/ UNRAST-Verlag.

Wolfgang Dreßen

Nazis: ordentlich, legal und profitabel

Wie eine Ausstellung über die Nazis behindert wird

Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht wurde von Protesten wütender Alt- und Neunazis begleitet, bis sie schließlich von einer liberalen Presse- und Wissenschaftsöffentlichkeit geschlossen wurde. Gegen die Neonazis gab es empörte Zeitungsartikel und Demonstrationen. Sie bleiben jetzt aus. Hier geht es um eine Ausstellung, die gleich von dieser liberalen Öffentlichkeit behindert wird. Ohne großes Aufsehen, da die bekannten Alt- und Neunazis nicht einzuschreiten brauchen. Dies liegt am Thema der Ausstellung.

Im Nationalsozialismus wurde die Arisierung des Besitzes jüdischer Deutscher von den Finanzämtern organisiert, fast durchgängig auf legaler Grundlage. Plünderungen fanden nicht statt. Täter waren normale Finanzbeamte, meist die für Vollstreckungen zuständigen Gerichtsvollzieher. Der letzte Akt dieser breiten Umverteilung begann 1941 mit der Deportation der jüdischen Deutschen in den „Osten“ und in die Vernichtungslager. Bereichert haben sich nichtjüdische Deutsche aus allen Klassen. Es ging nicht nur um wertvolle Barockgemälde, auch um Küchenstühle, getragene Kleider, Spielsachen, um einen Sack Zwiebeln oder ein Paar Schuhe. In öffentlich angekündigten Versteigerungen „aus nichtarischem Besitz“ drängelte sich die Volksgemeinschaft, in den Messehallen in Köln-Deutz oder auf dem Schlachthof in Düsseldorf, in den Dörfern direkt vor den Wohnungen der deportierten Menschen. Wenn der Besitz der jüdischen Deutschen nicht ausreichte, schafften zig Tausende Güterwaggons und Lastschiffe die Habseligkeiten der französischen, belgischen oder niederländischen Juden herbei, organisiert von den jeweiligen Speditionen, Roggendorf oder Danzas. Das Monopol besaß die Firma Kühne und Nagel, die sich im besetzten Westen zusammen mit deutschen Sicherheitsbehörden auf die Suche machte nach noch verbliebenen Juden und ihren Möbeln.

Nach 1945 kümmerten sich die selben Finanzbeamten um die Entschädigung. Sie handelten als Finanzbeamte: Vor 1945 wurde möglichst viel eingenommen, nach 1945 möglichst wenig zurückgegeben. Den wenigen jüdischen Rückkehrern fiel die Beweislast zu, sie wurden mit allen nur möglichen legalen Mitteln behindert.

Dies geschah so erfolgreich, dass beispielsweise einige in der Nazizeit verkaufte jüdische Friedhöfe nur noch in den Akten zu finden sind. So missbraucht Bayer in Krefeld bis heute einen jüdischen Friedhof als Werksgelände.

Penibel wurde die Arisierung von den Be-

amten in ihren Akten dokumentiert. Die Akten lagern bis heute dort, wo sie geführt wurden, in den Oberfinanzdirektionen. Der Zugang wird von der zuständigen rot-grünen Bundesregierung bis heute gesperrt.

Zufällig gelang der Zugang zu diesen Akten in der Oberfinanzdirektion Köln. Daraus entstand die Ausstellung „Betrifft Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn". „Aktion 3" war der Name für die Arisierungsaktion.

In der Ausstellung wird deutlich: Alle wussten von den Deportationen. Und die Schnäppchenjäger gingen davon aus, dass die Deportierten nicht zurückkehren und ihren Besitz zurückverlangen würden. Die Täter handelten legal, nicht gewaltsam nach der heute gängigen Definition von Gewalt. Denn das staatliche Gewaltmonopol wurde von den Finanzbeamten verkörpert. Hier arisierte nicht nur eine „verkommene" Bourgeoisie, auch die proletarische Oma ergatterte sich ihren Korb Wäsche. Die Nazis waren keine unzivilisierten „Anderen". Dies ist unangenehm und stört. Der Ausstellungsmacher wurde von der Bundesregierung mit einem Disziplinarverfahren bedroht. Nur zwei Beispiele für die Schwierigkeiten, die Ausstellung zu zeigen: Die Humboldt-Universität Berlin verbot die Ausstellung in ihren Räumen, ohne irgendeinen Protest der dort arbeitenden WissenschaftlerInnen. In der Universität München konnte der AStA die Ausstellung nur in einem versteckten Nebentrakt zeigen, der attraktive Mittelsaal war von der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" okkupiert.

Die Historikerzunft ignoriert die Ausstellung und das zu ihr erschienene Buch. Öffentliche Diskussionen wurden auch von Historikern wie Ulrich Herbert (Freiburg) verweigert. Stattdessen verschickte einer seiner Doktoranden an den Dekan des Ausstellungsmachers ein Fax: Die Ausstellung vernachlässige die Wiedergutmachungsleistungen der Deutschen und sei deshalb nicht akzeptabel.

Immerhin bekannt wird die Existenz der Akten. Die staatlichen Stellen sehen sich genötigt, zu reagieren. Zwar bleiben die Archive der Oberfinanzdirektionen auf Weisung der Bundesregierung weiterhin geschlossen. Aber das Fritz-Bauer-Institut erhielt den Zugang zu den hessischen Archiven, mit strikten Auflagen. Alle Namen und Adressen müssen geschwärzt werden. Die Forschungstätigkeit des Instituts konzentriert sich auf die Finanzbehörden vor 1945, unter weit gehender Aussparung der profitabeln deutschen Schnäppchenjagd und der bürokratischen Kontinuität nach 1945. Eine vom Institut und von der Humboldt-Universität organisierte Tagung zur Arisierung verschwieg die Ausstellung. Man bemühte sich um Entschuldigungen: Im „Elend"



	Übertrag	873,10 RM
66	2 Kleiderschränke (30,— RM., 70,— RM)	100,— RM
	1 Kleiderschrank vom Finanzamt entnommen	
67	1 Spülbrett	2,— RM
68	1 Kohlenherd	30,— RM
69	1 Schrank	30,— RM
70	1 Tisch, klein	4,— RM
71	1 Lampe	8,— RM
72	2 Stühle	[illegible]
73	1 Dauerbrenner	[illegible]
74	6 Bilder (Personenaufnahmen der jüd. Familie, zur Vernichtung gestellt!)	[illegible] RM
75	1 Wandbrett	2,50 RM
76	2 Ofenschirme	1,— RM
77	2 Fensterbehänge	10,— RM
78	1 Kleiderschrank	10,— RM
79	2 Stühle	2,— RM
[illegible]	[illegible]	-,50 RM
[illegible]	[illegible] (bereits aufgeführt!)	—,— RM
82	1 Toilett[illegible]	2,50 RM
83	1 [illegible] Papier (Finanzamt)	-,— RM
84	1 Wäschemangel	3,— RM
85	1 kl. Bettstelle ohne Bettwerk	8,— RM
86	1 alte Anrichte	2,— RM
87	1 Kiste	2,— RM
88	3 Lampen	1,50 RM
89	1 Geldschrank (Finanzamt)	-,— RM
90	1 Treppenleiter	3,— RM
91	1 Schubkarre	3,— RM
92	1 Holzschrank	4,— RM
93	2 Zangen	1,— RM
94	ca. 45 Ztr. Anthrazit	80,— RM
95	ca. 8 Ztr. Hausbrandkohle	12,— RM
96	ca. 12 Ztr. Brikette	10,— RM
97	Brennholz	5,— RM
98	1 Flurgarderobe (Spiegel mit Kleiderhaken)	4,— RM
99	3 teil. Läufer	8,— RM
100	1 Schrank (eingebaut)	-,— RM
101	1 Tisch	1,— RM
102	1 Türgestell	1,— RM
103	18 Teller	4,50 RM
104	6 kl. Teller	1,20 RM
105	4 Bratenschüsseln	2,— RM
	Sa.	1255,80 RM

der Deutschen nach 1945 lägen „gute Gründe" gegen eine Rückerstattung des enteigneten Besitzes.

Der jüdische Friedhof auf dem Gelände von Bayer in Krefeld wird weiterhin geschändet. Die örtliche Presse verweigert jede Berichterstattung. Auch die zuständige „Gedenkstätte" in Krefeld „weiß von nichts". Übrigens hat sich auch die Gedenkstätte in Düsseldorf noch nie für die Akten der Ausstellung – immerhin viele aus Düsseldorf – interessiert. Was wäre, wenn ein jüdischer Friedhof in Krefeld von heutigen Neonazis geschändet würde? Ein Aufschrei der Entrüstung. Weil die Neonazis nicht legal gehandelt hätten. Denn was mit einem jüdischen Friedhof geschieht, ist gleichgültig. Nur legal muss es sein.

Buch zur Ausstellung:
Wolfgang Dreßen: Betrifft Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Aufbau-Verlag Berlin

Nächste Stationen der Ausstellung:
3. September bis 14. Oktober: Wuppertal
2. bis 30. November: St. Augustin
Dezember/Januar: Bremen

Raimund Hethey

Ungebrochene Kontinuitäten

Es ist nicht das erste Buch, das sich mit Netzwerken von Alt- und Neonazis in Deutschland befasst, die bruchlos an den historischen Faschismus anknüpfen konnten. Die LeserInnen werden wie bei Film und Buch „Die Rattenlinie" von Rena und Thomas Giefer überrascht sein, wie reibungslos Naziverbrecher nach der militärischen Niederlage von 1945 ihre Existenzen neu aufbauen und absichern konnten. Dabei wurden sie von höchsten Amtsträgern in Kirche und Staat unterstützt. Die Journalisten Oliver Schröm und Andrea Röpke schildern z.B. wie die Tochter des Nazischlächters Himmler, Gudrun Burwitz, die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.", nicht nur zur Hilfe für NS-VerbrecherInnen , sondern auch für die Schulung von Jung-Nazis nutzt.

Die „Stille Hilfe" wurde 1951 in das Vereinsregister Wolfratshausen in Bayern eingetragen. Erste Vorsitzende war die katholische Prinzessin von Isenburg. Der Verein schleuste NS-Verbrecher ins Ausland und betrieb PR-Arbeit für ihre frühzeitige Begnadigung. Alles unter dem Mantel der „Gemeinnützigkeit", die erst Mitte der 90er Jahre aberkannt wurde. Klaus Barbie, Erich Priebke, Josef Schwammberger oder Herbert Kappler sowie andere Altnazis, die in Deutschland oder anderen Ländern vor Gericht standen, kamen in den Genuss der „Stillen Hilfe". Zu den Sympathisanten des Vereins zählen die Verfasser u.a. Alfred Dregger, Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein, Otto von Habsburg und Franz-Josef Strauß.

Das Buch dokumentiert überzeugend Versäumnisse der deutschen Justiz und macht deutlich, auf welchem gesellschaftlichen Nährboden der Neo-Faschismus bis heute wachsen kann. Manches hätte genauer recherchiert werden können, wie beispielsweise die Rolle von Dr. Rudolf Aschenauer. Bei den Quellenangaben wurden antifaschistische Zeitschriften wie „Der Rechte Rand" geflissentlich übergangen. Sei's drum! Das Buch ist spannend geschrieben und sollte zahlreiche LeserInnen finden. Erstaunlich bleibt das Fazit des Buches. Nachdem Andrea Röpke und Oliver Schröm auf 199 Seiten nachgewiesen haben, wie deutsche Behörden nicht nur bei der Verfolgung von Nazis versagt haben, sondern diese tatkräftig bei ihrer Flucht vor den Gerichten unterstützten, werfen sie am Ende die absurd klingende Frage auf: „Was muss eigentlich noch geschehen, bis die Behörden endlich aktiv werden und auf breiter Front gegen derartige Organisationen vorgehen?" Meine Antwort: Hier wird wider besseren Wissens auf das falsche Pferd gesetzt. Im Kampf gegen den (Neo)-Faschismus darf sich niemand auf „Behörden" verlassen!

Oliver Schröm/ Andrea Röpke: Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Ein Inside-Report, Ch. Links Verlag: Berlin 2001, 200 Seiten, 29,80 Mark.

Andreas Speit

Jargon der „Neuen Mitte“

Fromme Wünsche mutieren gemeinhin zu bösen Taten. Detlev Claussens Studien spiegeln Karl Kraus's Ironisierung des gut Gemeinten wider. Die Barbarei existiere inmitten der Zivilisation, dessen Abgrund Auschwitz signiere. Diese Dialektik der Aufklärung zwischen Emanzipation und Elimination des Individuums reflektiert Claussen erneut in seiner Ideologiekritik „Aspekte der Alltagsreligion“.

Im dritten Band der Hannoverschen Schriften beschäftigt sich der Publizist und Professor mit den unterschiedlichen Aspekten eines gesellschaftlichen Durchschnittsbewusstseins, wie es sich nach 1989 in den feuilletonistischen und politischen Diskursen der Bundesrepublik entwickelte. Da dieses Bewusstsein unhinterfragt angenommen und unbewusst verinnerlicht wird, fasst Claussen es mit dem Begriff Alltagsreligion. Unter dem Begriff versteht er einen „konformistischen Privatglauben“, der die chaotische Mannigfaltigkeit des Lebens geordnet erscheinen lässt. Vermeintlich aufgeklärt glaubt man, „Bescheid zu wissen“ und sich „entfalten“ zu können - getreu der Slogans „Entdekke die Möglichkeit“ und „nichts ist unmöglich“.

Die Konsequenz dieser „verballhornten Aufklärung“, die sich in den letzten Jahren manifestierte, sei eine flexible Bewusstseinsform von modernen Menschen, die glauben, alles zu wissen, alles zu kennen und resistent gegen Aufklärung geworden sind.

In seiner Kritik am alltäglichen Bewusstsein zeichnet Claussen in der Textsammlung die ideologischen Veränderungen des bundesrepublikanischen Bewusstseins nach und zeigt die theoretische Verfasstheit der „Neuen Mitte“ auf, die er rechts verortet. „Der neue Jargon der Einheit“, so Claussen, „vereinigt schlecht säkularisierte Weltanschauungsreste von Gemeinschaftsideologien mit travestierten Momenten von Aufklärung“. Entgegen des veröffentlichten Anspruchs der Ideologiefreiheit reproduziert die Öffentlichkeit Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Xenophobie, wenn sie die Welt erklären und das Handeln begründen will. Anfang der 1980er Jahre habe die Nationalisierung der Alltagsreligion langsam begonnen. Einhergehend mit dem öffentlichen Tabubruch in Permanenz.

Seine ideologiekritische Argumentation verdichtet er zu einer Kritik alltagsreligiöser Artefakte, die als Stichworte wie „nationale Identität“, „Instrumentalisierung des Holocaust“, „Ethnizität“, „Wiedervereinigung“ und „Globalisierung“ in aller Munde sind. Dabei unterlässt er es nicht, die Stichwortgeber und die Nachplapperer zu benennen. Claussen seziert den Jargon der „Mitte der Gesellschaft“ und reflektiert differenziert den Tonfall der Entsubstanzialisierung des Humanismus. Ganz nebenbei stellt er aber auch die Kritische Theorie vor und zeigt, wie dienlich sie zur Reflektion der Realität sein kann.

Detlev Clausen: Aspekte der Alltagsreligion. Ideologiekritik unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, Verlag Neue Kritik: Frankfurt am Main 2000, 190 Seiten, 28,00 Mark.

Henrik Börjesson

Alter Wein in neuen aber schlechten Schläuchen

Rechtsextremismus im World Wide Web wird zum Thema. Der Verfassungsschutz berichtet von über 800 Homepages der extremen Rechten. Doch welche Relevanz haben sie, und wie real ist die verkündete virtuelle Bedrohung? Rainer Fromm und Barbara Kernbach wollen mit ihrem Buch über "die neue Gefahr" aufklären. Bloß, in dem angekündigte "Leitfaden" geht der Faden verloren.

Für einen Leitfaden wäre es nötig gewesen, zunächst das Internet und seine Dienste für die Gesellschaft darzustellen. Da Fromm und Kernbach aber keine Einführung darin geben, was das Internet ist, wird die erwünschte LeserInnenschaft von "Jugendlichen, Eltern, Erziehern, Lehrern und Dozenten der politischen Bildung" nicht befähigt, Wesenszüge nachzuvollziehen und die politisch-gesellschaftliche Dimensionen dieser Technologie zu begreifen. Selbst das Glossar bietet keine Hilfe, ist es doch mit 24 Einträgen ziemlich mager und widerspricht sogar manchen Erläuterungen innerhalb des Buches. So werden die LeserInnen allein gelassen und können die einzelnen Bedeutungen der Nazi-Angebote von Homepages, chatten etc. nicht erfassen. Auch fehlt eine einheitliche analytische Methode. Auf über 270 Seiten werden verschiedenste Websites und Projekte der Rechten aufgelistet – von Parteien, Skinheadgruppen, "White-Power"- und Revisionismusprojekten. Doch analysiert werden die Websites nach keinem durchgängigem Muster. Mal werden die Homepage, die Linkpage und Gästebücher der einzelnen Projekte untersucht. Ein anderes Mal jedoch nicht. Diese Beliebigkeit spiegelt sich ebenfalls in der Begriffserfassung von "Rechtsextremismus" wieder.

Dass die AutorInnen dem Thema nicht gewachsen zu sein scheinen, offenbart sich bei der Beschreibung von Gegenstrategien. Auf acht Seiten stellen sie vermeintliche Schutzmechanismen vor, zeigen jedoch nicht in Gänze deren Möglichkeiten und Grenzen auf. Erschrecken mag auch, dass seitenweise vor "der neuen Gefahr" gewarnt, aber nicht die Vielzahl des Widerstandes gegen Rechts im Netz aufgezeigt wird. Und das, obwohl dies gerade der selbstformulierte Anspruch der AutorInnen ist. Eine genauere Darstellung von "Anti-Hass-Projekten" und deren Internet-Aktionen hätten das Ohnmachtsgefühl überwinden können, das sich beim Lesen einstellt. Eine klarere Angabe von Adressen gegen "Rechtsextremismus im Internet" wäre sicherlich dienlich gewesen.

Auffällig ist auch, dass die Quellen, auf die sich die AutorInnen stützen, auf nur zwei Seiten Platz finden: Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Verfassungsschutz- oder rechtsextreme Quellen. Diese werden häufig und unreflektiert zitiert. Die wenigen analytischen Aussagen leiden unter dieser Verengung. Fromms und Kernbachs Buch mutet daher als ein abgefallenes Rechercheprodukt an, das noch zu Markte getragen werden musste. Unverständlich, warum verschiedene Landeszentralen für politische Bildung diese Veröffentlichung mittragen.

Rainer Fromm/Barbara Kernbach: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr. Olzog: München 2001, 288 Seiten, 29,00 Mark.

Dirk Rosmer

Erinnern für die Zukunft

Gedenkstättenpädagogik ist ein äußerst schwieriges Terrain. Gedenkstätten stehen im Spannungsfeld zwischen dem Gedenken an die Opfer der Shoah und der Aufklärung über

die Zeit des NS. Sie sind also gleichzeitig Orte der Erinnerung und Trauer und der politischen Bildungsarbeit. Dieses Spannungsverhältnis ist nicht auflösbar.

Der in der Gedenkstättenpädagogik aktive Autor Uwe Neirich weist in seinem Buch "Erinnern heißt wachsam bleiben" auf diese Problematik hin und gründet seine Ansätze für eine politische Bildungsarbeit in und mit NS-Gedenkstätten auf ihr. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Entstehungsgeschichte und den Umgang mit dem NS und den NS-Gedenkstätten in Deutschland in den letzten fünf Jahrzehnten, den Neirich kritisch beleuchtet, liefert er theoretische Ansätze, wie pädagogisch mit der Geschichte des NS und der Shoah umgegangen werden kann. Neirich stellt elf selbst erprobte Methoden der Gedenkstättenpädagogik - von Rundgängen durch Ausstellungen, bei denen Jugendliche selbst aktiv werden können, über Bildbetrachtungen bis zu Vorbereitungen von Zeitzeugengesprächen - ausführlich dar, so dass diese von den LeserInnen ausprobiert werden können. Die Vielfalt seiner Ansätze ist dabei beeindruckend. Im letzten Teil seines Buches beschreibt der Autor die seiner Meinung nach wichtigsten NS-Gedenkstätten und pädagogischen Einrichtungen zur NS-Geschichte in Deutschland und den europäischen Nachbarländern. Hilfreich ist dabei die Sortierung nach Bundesländern und die Auflistung von Kontaktadressen. Literaturempfehlungen schließen das Buch ab. Insgesamt ist das Buch ein guter Ratgeber für eine kritische Gedenkstättenpädagogik

Uwe Neirich: Erinnern heißt wachsam bleiben - Pädagogische Arbeit in und mit NS-Gedenkstätten, Mühlheim an der Ruhr: Verlag an der Ruhr 2000, 190 Seiten, 29,85 Mark.